

01/2017

Wirtschaft im Wandel

DAS MAGAZIN DES MITTELSTANDES IN NORDRHEIN-WESTFALEN



MORGENGRAUEN ODER STANDORTDÄMMERUNG?

WIRTSCHAFTSPOLITIK IN NORDRHEIN-WESTFALEN

DIGITALE WIRTSCHAFT

Games und Co.: Das Land
hat mehr Potenzial

DUALE AUSBILDUNG

Kaum eine Berufsoption
ist zukunftssicherer

UNTERNEHMENSNACHFOLGE

Beide Seiten müssen sich in
der Mitte treffen

„AUFGESCHNAPPT“ Termentipps in NRW



e-Marketingday Rheinland
(IHK zu Köln)
26.04.2017 , Flora, Köln
www.e-marketingday.de

Deutsche Immobilienmesse (B2B)
30.-31.05.2017
Westfalenhallen, Dortmund
www.deutsche-immobilienmesse.de



Interpack (B2B)
04.-10.05.2017 , Messe, Düsseldorf
www.interpack.de

HANDWERK.NRW

Floriansumtrunk
(Handwerk NRW)
10.05.2017 , Düsseldorf
www.handwerk.nrw

Erlebnis Maschinenbau
(IHKen NRW, METALL NRW, IG Metall und der VDMA NRW in Kooperation mit OWL Maschinenbau)
06.-08.07.2017 in ganz NRW
www.erlebnis-maschinenbau.de



Mittelstandstag NRW (MIT NRW)
28.10.2017 , Stadthalle, Troisdorf
www.mit-nrw.de

LIEBER LESER UND LESERINNEN VON „WIRTSCHAFT IM WANDEL“,



Foto: Alois Müller

Die „Hidden Champions“ in dieser Wundertüte NRW stecken und andererseits das wirtschaftspolitische Klima immer noch von Belastungen und Regulierungen geprägt ist.

Dabei haben wir den Titel „Wirtschaft im Wandel“ sehr bewusst gewählt. Wir glauben, dass gerade große Umbrüche im Gange sind. Die Grundregeln der Wirtschaft ändern sich und das in einem atemberaubenden Tempo. Auch Politik und Verbände spüren das. In wenigen Jahren werden Probleme und Chancen auch die Mitarbeiter (be)treffen. Wir wollen diesen Prozess begleiten, erklären, kommentieren und manches Mal auch Lösungen für die Herausforderungen aufzeigen.

Wir als Mittelstandsvereinigung begleiten diese Veränderungen nun schon seit vielen Jahren. Deswegen möchten wir von Zeit zu Zeit mit Ihnen darüber sprechen, wie der Standort NRW in dieser Entwicklung abschneidet. Mal nicht zuvorderst lamentieren über Bundespolitik, globale Wirtschaftslage und Niedrigzinsen, sondern darüber, was hier bei uns gerade passiert und was besser laufen könnte. Dabei stehen Fachberichte über wirtschaftliche Themen, Serviceartikel für Unternehmer und alle Selbständigen und Unternehmensportraits – nicht nur, aber auch – aus Reihen der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung NRW im Fokus.

Mehr Wirtschaft, mehr NRW! Wir wollen mehr über SIE schreiben als über Politik.

Wir als WiW-Team hoffen, dieses Format gefällt Ihnen. Über ein Feedback unter WiW@mit-nrw.de würden wir uns sehr freuen.

Stefan Simmnacher,
Landesgeschäftsführer
für die gesamte Redaktion von „Wirtschaft im Wandel“



6



8



12

Wirtschaftspolitik

- 4 Morgengrauen oder Standortdämmerung?
- 6 Interview mit Hendrik Wüst
„Viel zu oft belegt NRW letzte Plätze“
- 26 Erleichterte Abschreibung von GWG:
Gut für Unternehmen
- 32 Unternehmen schauen vorsichtig optimistisch
in die Zukunft
- 33 Internationale Investoren wollen nach NRW

Digitale Wirtschaft

- 8 Games und Co.: Im Land können echte
Innovationsschmieden entstehen

Duale Ausbildung

- 12 Duale Ausbildung: Kaum eine Berufsoption
ist zukunftssicherer

Unternehmensnachfolge

- 14 Beide Seiten müssen sich in der Mitte treffen
- 16 Neue Erbschaftssteuer: Die Gestaltung wird komplexer
- 17 „Ein Unternehmenskauf ist immer emotional“

Steuern und Recht

- 18 Insolvenzanfechtung: Rechtssicherheit für
Unternehmen und Arbeitnehmer herstellen
- 20 Sanierung wird unnötig erschwert
- 30 Steuerverstöße: Gesetzgeber ist nicht zu Späßen
aufgelegt
- 31 Neues Kassengesetz: Unternehmen müssen umstellen

Finanzen

- 21 Es muss nicht immer der Kredit sein
- 22 Das „zinslose Risiko“ kann Vermögen kosten

Verkehr und Logistik

- 24 Verkehrsverhinderung schadet dem Standort NRW

Handwerk

- 28 „Ich würde gerne nach und nach auf Elektrofahrzeuge
umstellen“
- 2 Editorial
- 3 Impressum

IMPRESSUM

Herausgeber:

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW (MIT), vertreten durch den Landesvorsitzenden Hendrik Wüst MdL und den Landesgeschäftsführer Stefan Simmnacher

Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf
redaktion@mit-nrw.de
www.mit-nrw.de

Redaktion:

Rheinland Presse Service GmbH
Zülpicher Straße 10, 40196 Düsseldorf
José Macias (verantwortlich),
Dr. Patrick Peters (Redaktionsleiter)

Telefon: 0211 528018-14
patrick.peters@rheinland-presse.de

Verlag, Design, Anzeigenleitung und Druck:

Marktimpuls GmbH u. Co. KG
Schillerstraße 59
41061 Mönchengladbach
Geschäftsführer: Marc Thiele

Telefon: 02161 68695-20
info@marktimpuls.de
www.marktimpuls.de

MORGENGRAUEN ODER STANDORTDÄMMERUNG?

Nordrhein-Westfalen steht im Vergleich zu anderen Bundesländern schlechter da, als es die Rahmenbedingungen hergeben sollten. Für Experten und Praktiker ist klar: Das Land hat viele Stärken, aber die Probleme müssen offen und schonungslos angepackt werden. Das führt auf Dauer zu stabilem Wachstum.

Von Patrick Peters



Nordrhein-Westfalen hat als Wirtschaftsstandort eine gute Substanz. Aber es bestehen auch wirtschafts-politische Herausforderungen für das Land.



Ralf Schwarzkopf ist mittelständischer Unternehmer, geschäftsführender Gesellschafter der Hotset GmbH aus Lüdenscheid und Landtagskandidat der CDU.
(Foto: Fotostudio Brennweite)

Ein Prozentpunkt Wachstum für 400 Millionen Euro mehr Steuereinnahmen

Hendrik Wüst kritisiert, dass weiterhin viel zu oft der angeblich seit 50 Jahren währende Strukturwandel als Ausrede bemüht werde, um die Defizite von heute zu erklären. Dabei sehe man, dass es unter Schwarz-Gelb auch anders gegangen sei. „Wir müssen uns davon lösen, dass Wachstumszahlen eine abstrakte Größe sind. Fehlt Wachstum oder wächst die eigene Wirtschaft über Jahre unterdurchschnittlich, wie hier in NRW, wirkt sich das auch direkt auf die Menschen aus: Es hemmt Investitionen, führt zu Wohlstandsverlusten, geringeren Einkommen und reduziert die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen. Wir wissen auch, dass ein Prozentpunkt Wachstum etwa 400 Millionen Euro mehr Steuereinnahmen im Land bringt. Damit ist Wachstum unsere Antwort auf die Probleme des Landes. Eine ehrliche Analyse statt abgehobenes Schönreden ist nötig und vor allem eine Politik, der die Wirtschaft und die Arbeitsplätze der Menschen wieder wichtiger sind als immer neue regulierende und belastende Gesetze.“

Auch Ralf Schwarzkopf diktiert der Politik Aufgaben ins Arbeitsheft. „Es geht um sichere Rahmenbedingungen, die eine bessere Bildung für den Nachwuchs, Schutz der Städte und Gemeinden, weniger Bürokratie, mehr Freiräume für Unternehmen, geringere kommunale Steuern, eine bessere Infrastruktur und mehr Breitbandangebote umfassen.“ Daneben gilt aber auch: mehr Sicherheit. In der Region hätten sich gerade wieder die Einbrüche verdreifacht.

Gute Verkehrsinfrastruktur mit Flughäfen und Autobahnen

Dass es tatsächlich nicht so sein muss, betont auch **Ralf Schwarzkopf**. Er ist mittelständischer Unternehmer, geschäftsführender Gesellschafter der Hotset GmbH aus Lüdenscheid und Landtagskandidat der CDU. Hotset ist Spezialist für industrielle Heizelemente und Temperaturregeltechnik und beschäftigt mehr als 400 Mitarbeiter, davon rund 200 in ausländischen Niederlassungen. „Die Vorteile am Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen und dabei auch meiner Heimat Südwestfalen sind die bodenständige Art der Familienunternehmen, eine gute Industriestruktur, gut ausgebildete Menschen, kurze Wege, eine gute Vernetzung und westfälische Aufrichtigkeit. Die Verkehrsinfrastruktur ist grundsätzlich gut, mit Flughäfen und Autobahnen.“

Gleichzeitig weist Ralf Schwarzkopf aber auch darauf hin, dass die Verkehrsinfrastruktur in den vergangenen Jahren mehr und mehr gelitten habe. Dies äußere sich natürlich vor allem durch zahlreiche Staus. Ebenso kennt der Mittelständler eine ganze Reihe weiterer Schwachstellen aus seiner unternehmerischen Praxis, die ihn – wie so viele andere Unternehmer auch – regelmäßig vor besondere Herausforderungen stellen. Dazu zählt er die schlechten Breitbandangebote in Südwestfalen, hohe kommunale Steuern, Abwanderung von gut ausgebildeten jungen Menschen, begrenzte Bauflächen, ausufernde Bürokratie und verdeckte Kosten, beispielsweise beim Strom, Brandschutz, Umweltschutz etc. Und Ralf Schwarzkopf formuliert auch ganz deutlich, auf welche drängenden Fragen Unternehmer künftig Antworten finden müssen: „Wie schaffe ich Innovation im digitalen Zeitalter, bei der die Industrie überleben kann und genug Geld verdient? Wie finden wir uns in der globalen Welt zurecht? Wie können wir den Fachkräftenachwuchs sichern? Wie gehen wir mit den Steuererhöhungen um?“

Größte Volkswirtschaft und industrielle Kernregion Deutschlands, Heimat von Großkonzernen, des Mittelstandes, vieler Familienunternehmen und Hidden Champions, führender europäischer Messestandort, fast neun Millionen Arbeitnehmer und, und, und: Nordrhein-Westfalen ist eine der wichtigsten Metropolregionen Europas. Als eigenständiger Staat wäre es eine der stärksten Exportnationen der Welt. Gleichzeitig hat Nordrhein-Westfalen jedoch auch Schwierigkeiten und zwar nicht ganz unerhebliche. Denn nach einem Nullwachstum 2015, was bundesweit den letzten Platz bedeutete, hat die Wirtschaft im Lande im ersten Halbjahr 2016 zwar 2,1 Prozent zugelegt – lag damit aber noch immer hinter dem Bundesschnitt von 2,3 Prozent. Dass die Landesregierung aktuell nach 40 Jahren erstmals keine neuen Schulden machen muss, hat indes nichts mit einem grundlegenden Wandel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik zu tun: Der Finanzminister verdankt die positive Entwicklung zu einem großen Teil den weiter hohen Steuereinnahmen. Veranschlagt waren für das Jahr 2016 52,7 Milliarden Euro, tatsächlich aber waren eine ganze Milliarde Euro mehr in den Landestopf geflossen.

Für **Hendrik Wüst**, Landesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU in Nordrhein-Westfalen, stehe NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern schlechter da, als es die Rahmenbedingungen hergeben sollten und als es die Menschen hier verdient hätten. „Bundesweit lag das Wachstum 2015 bei 1,7 Prozent, in den westdeutschen Flächenländern ohne Nordrhein-Westfalen sogar bei 2,2 Prozent. Seit Rot-Grün wieder regiert, war das Wirtschaftswachstum – mit Ausnahme von 2014 – stets schwächer als in Deutschland insgesamt. Der Wachstumsrückstand auf den Süden hat sich auf über zehn Prozent aufsummiert. Und dabei muss es gar nicht so sein. In der Zeit von 2005 bis 2010 lag das Wachstum der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens 14 Prozent über dem Bundesschnitt.“

„VIEL ZU OFT BELEGT NORDRHEIN-WESTFALEN LETZTE PLÄTZE“

Hendrik Wüst, Landesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU NRW, spricht im Interview über die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten des Bundeslandes.

Das Interview führte Patrick Peters

Wirtschaft im Wandel: Herr Wüst, wie steht Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern da?

Hendrik Wüst: In den vergangenen Jahren dominierten die Negativmeldungen. Viel zu oft belegt NRW letzte Plätze im Vergleich zu den anderen Bundesländern, wie bei der Bildungsqualität, bei den Investitionen in Schulgebäude, Straßen und Brücken, oder eben „Spitzenplätze“, wie bei der Arbeitslosigkeit, beim Haushaltsdefizit, beim Stauaufkommen, bei Firmeninsolvenzen, kommunalen Steuersätzen, Verschuldung und Kriminalität. Kein Grund zur Freude also. Die Veröffentlichung der Wirtschaftszahlen aus 2015 hat dem Ganzen eine neue Dimension gegeben. Erstmals lag NRW mit einem Wachstum von 0,0 Prozent auf Platz 16 von 16.

Trifft das die Menschen auch heute schon direkt?

Sowohl bei den Unternehmern als auch schon bei vielen Mitarbeitern ist ein Gespür dafür da, dass in NRW Etwas schief läuft. Durch die erfolgreiche Wirtschaftspolitik durch die der CDU-geführten Bundesregierung aber wird dies teilweise ausgeglichen. Man kann es sich leicht machen: Seit Juli 2010 ist die Arbeitslosigkeit in NRW um 10,1 Prozent gesunken. Im übrigen Bundesgebiet aber um 21,3 Prozent! Hätte man nur die gute Entwicklung der christlich-liberalen Vorjahre fort-

gesetzt, wären heute über 40.000 Menschen weniger arbeitslos.

Was sagt die Wissenschaft dazu, dass NRW beim Wirtschaftswachstum so schlecht da steht?

Die Wirtschaftsforschungsinstitute RWI Essen und IW Köln und die Unternehmensberatung McKinsey, aber auch wir als Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung haben mit fachlichen Analysen in der Vergangenheit immer wieder die Ursachen für diese Entwicklung benannt: fehlende Investitionen und zu geringe Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Und natürlich nicht zu vergessen Kostenbelastungen, die in anderen Bundesländern und in anderen Staaten so nicht da sind. Direkte Kosten durch die höchsten durchschnittlichen Gewerbesteuern und hohe Grundsteuer, indirekte Bürokratiekosten durch viele unsinnige – oftmals auch von den Grünen vorangetriebene – Gesetze.

Was muss passieren, damit es in NRW wieder aufwärts geht? Immerhin haben beispielsweise neun Dax- und 15 MDax-Konzerne ihren Sitz hierzulande.

Eine aktuelle Konjunkturbefragung des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft hätte kaum eine herbere Klatsche für das Regierungsbündnis von SPD und Grünen sein können. Nur 2,4 Prozent der befragten Unternehmen haben sich für eine Weiterführung der rot-grünen

Koalition ausgesprochen. Die wirtschaftsfeindliche Politik der Landesregierung hat ihre tiefen Spuren beim Mittelstand hinterlassen. Nicht umsonst fordern die Betriebschefs einen ordnungspolitischen Kurswechsel in der Landespolitik. Und genau den muss man nun herbeiführen. Die Liste der mittelstands- und wirtschaftsfeindlichen Projekte der Landesregierung ist lang und muss nach Mai 2017 auf den Tisch: Landesentwicklungsplan, Landesklimaschutzplan und das Tariftreue- und Vergabegesetz sind nur drei der Investitionsbremsen der Regierung Kraft, die verhindert werden müssen. Wir müssen die Wachstumsbremsen endlich lösen und den Betrieben Raum geben für neue Investitionen. Wir brauchen eine Gründungskultur, die neue und innovative Geschäftsideen nach Nordrhein-Westfalen bringt. Und wir müssen die Wirtschaft von Bürokratieungetümen und landespolitischen Alleingängen befreien, damit unser Land endlich wieder den Platz einnimmt, den es verdient.

Hört sich nach einem Programm für mehr als vier Jahre an?

Natürlich ist ein wirtschaftspolitischer Klimawandel nicht von heute auf morgen zu erreichen. Aber in einer Legislatur kann viel erreicht werden, wie wir 2005 bis 2010 bewiesen haben. Aber natürlich haben wir viel vor, und das Feld muss leider von hinten aufgerollt werden. Mit mehr Wachstum kann das aber gelingen.



GAMES UND CO.: IM LAND KÖNNEN ECHTE INNOVATIONSSCHMIEDEN ENTSTEHEN

Nordrhein-Westfalen soll Digitalland Nummer Eins werden. Aber dahin ist es noch ein weiter Weg, stellen Experten heraus. Es hapert noch an der Gründungskultur und die Unternehmen bräuchten weniger bürokratische Hürden – und sie müssten sich den Anforderungen der Digitalisierung stellen.

Von Patrick Peters



Foto: Ubisoft

Nordrhein-Westfalen soll digitaler werden, ja sogar Vorreiter bei der Entwicklung der digitalen Wirtschaft. Dafür hat die Landesregierung im vergangenen Jahr sechs Hubs, also Drehkreuze, der digitalen Wirtschaft im Lande etabliert. Die sogenannten DWNRW-Hubs befinden sich in Aachen, Bonn, Düsseldorf/ Rheinland, Köln, im Münsterland und im Ruhrgebiet und werden künftig nach den Wünschen der Landesregierung als Drehschreiben für die

Zusammenarbeit zwischen Start-ups, Industrie und Mittelstand dienen und die Entwicklung gemeinsamer digitaler Geschäftsprozesse und -modelle fördern. Laut Wirtschaftsminister Garrelt Duin seien die DWNRW-Hubs das Herzstück der Strategie für die Digitale Wirtschaft, wodurch NRW zum Digitalland Nummer Eins werden solle. In den nächsten fünf Jahren stelle das Land insgesamt bis zu 12,5 Millionen Euro zur Verfügung.

Zu wenige Start-up-Gründungen

Aber gehen diese großen Pläne tatsächlich auf? Wie ist es tatsächlich um die digitale Wirtschaft bestellt? Denn hört man sich außerhalb der offiziellen Bekanntmachungen um, scheint nicht alles eitel Sonnenschein zu sein – insbesondere hinsichtlich des immer wieder kommunizierten vorgeblichen Gründungspotenzials. „Gemessen an der Einwohnerzahl gibt es bei uns zu wenige Start-up-Gründungen. Dabei sind gerade Start-ups Innovationsmotoren und in der Lage, Arbeitsplätze zu schaffen. Das Silicon Valley, aber auch Tel-Aviv oder Berlin, machen vor, welche Potenziale hier geschöpft werden können. In der Vergangenheit stagnierte die Zahl der Start-ups in NRW leider. So stellte der Beauftragte für die digitale Wirtschaft fest, dass es in Nordrhein-Westfalen 2014 insgesamt ‚etwa 400‘ ein Jahr später ‚etwas über 400‘ Startups gegeben haben soll. Jüngst soll die Anzahl der Start-ups leicht gestiegen sein, aber das Datenmaterial ist noch sehr dürrig“, sagt Robert Stein, Unternehmer aus Hamm, CDU-Landtagsabgeordneter und Experte für Digitalpolitik. Gleichzeitig betont er aber erfreut, dass Nordrhein-Westfalen in den Bereichen Industrie 4.0 und – allgemein gesprochen – Wirtschaft 4.0 gut aufgestellt

ist. Mit Sicht auf die DWNRW-Hubs stellt Robert Stein heraus: „Für eine Bewertung ist es viel zu früh. Allerdings scheint die Privatwirtschaft nicht oder nur sehr gering involviert zu sein, obwohl der SPD-Wirtschaftsminister Duin diese gerade in das Digital Hub-Konzept einbinden wollte. Ich denke, wir sollten die Hubs jetzt arbeiten lassen und in etwa einem Jahr die ersten Ergebnisse evaluieren.“

Auswirkungen sind vielschichtig

Durch Digitalisierung kämen nach Robert Steins Ansicht auf alle Unternehmen eine ganze Reihe neuer Herausforderungen im Rahmen der Digitalisierung zu. „Die Auswirkungen und Implikationen sind vielschichtig. Mit der Digitalisierung und durch neue innovative Start-ups kommt es zur Disruption. Das bedeutet, dass vorhandene Strukturen aufgebrochen werden und etablierte Unternehmen Marktanteile an dynamische und junge Start-ups verlieren werden, wenn sie sich nicht an die neuen Begebenheiten anpassen können.“ Smarte Unternehmen antizipierten diese Entwicklung. Ein gutes Beispiel hierfür sei der Duisburger Stahlhändler Klöckner, der sich mit Klöckner.i gut auf den digitalen Strukturwandel vorbereitet habe. In Zukunft würden gerade Anbieter von Plattformen, die den Markt zusammenbrächten und kein eigentliches Produkt mehr anböten, als Gewinner aus diesem Strukturwandel hervorgehen, sagt Robert Stein. „Außerdem werden Produktionsprozesse durch Vernetzung über sogenannte Cyber Physical Systems weiter automatisiert. Das „Internet of Things“ wird die Art und Weise, wie wir Produktion bisher betrieben haben, sehr verändern. Deutschland und Europa werden durch diese neuen Möglichkeiten als Produktionsstandort wieder attraktiver.“

Rot-Grün errichtet neue bürokratische Hürden

Auch das Land stehe vor zahlreichen Aufgaben, wie Robert Stein ausführt. Zum einen sei es wichtig, an den geeigneten Stellen Strukturen zu entbürokratisieren und Unterneh-



Ubisoft ist Herausgeber der bekannten Spielereihe „Assassin's Creed“. Hier ein Ausschnitt aus „Assassin's Creed Black Flag“, dem sechsten Teil der Reihe.

men den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern, damit diese sich dem digitalen Wandel stellen könnten. Auf der anderen Seite müsse das Land seine Behörden digitalisieren und eine gute Vorbildfunktion einnehmen. „Leider sind die Bemühungen der jetzigen Regierung wenig ambitioniert. Anstatt Bürokratie abzubauen, baut Rot-Grün neue bürokratische Hürden auf und vertrödelt die Digitalisierung. Durch die Digitalisierung stehen wir allerdings noch stärker im globalen Wettbewerb als bisher. Generell sind wir daher gut beraten, uns auf unsere Stärken zu konzentrieren. Hier werden insbesondere die Bereiche Industrie 4.0 als auch der Bereich der Softwareentwicklung bedeutsam sein. Nordrhein-Westfalen hat das Potenzial, das Software-Entwickler-Land in Europa zu werden. Außerdem wird es wichtig sein, Orte zu schaffen, wo junge und kreative Menschen mit guten Ideen auf etablierte Unternehmen mit guten Strukturen treffen. Das Land kann helfen, solche Orte zu schaffen, die zu echten Innovations-schmieden werden können.“

Apropos Software-Industrie: „Nordrhein-Westfalen zählt in Deutschland zu den führenden Standorten für Computer- und Videospiele, zahlreiche wichtige Akteure der Branche sind hier beheimatet“, stellt **Ralf Wirsing** heraus, Managing Director des Spieleherstellers Ubisoft in Deutschland. Das französische Unternehmen führt seine Deutschland-Zentrale in Düsseldorf, ebenso ist das eigene Entwicklungsstudio Blue Byte in der Landeshauptstadt ansässig. „Das Potenzial ist groß, denn die Hochschullandschaft bietet Games-nahe Studiengänge und die Region ist attraktiv, um ausländische Fachkräfte zu überzeugen, hierher zu ziehen. Die Verkehrsinfrastruktur bietet dank Flughafen und Bahn-Anbindung die Möglichkeit, schnell zum Mutterkonzern oder zu Partnerstudios zu reisen. Viele unserer Mitarbeiter sind Pendler und genießen das attraktive Angebot des öffentlichen Nahverkehrs, den die Rhein-Ruhr-Region ihnen bietet“, verdeutlicht



„Nordrhein-Westfalen zählt in Deutschland zu den führenden Standorten für Computer- und Videospiele“

Ralf Wirsing,
Managing Director Ubisoft
(Foto: Ubisoft)

Ralf Wirsing die Vorteile des Standorts. Darüber hinaus finde in NRW seit Jahren die extrem erfolgreiche Messe „gamescom“ statt. Die weltweit größte Veranstaltung für digitale Spiele habe 2016 345.000 Menschen in Köln begeistert.

Wichtig: flächendeckender Ausbau der Gigabit-Netze

Der Manager richtet aber auch Wünsche an die Politik. „Die großen Spielproduktionen kommen vorwiegend

aus dem Ausland, und Deutschland droht als Entwickler-Standort den Anschluss zu verlieren. Obwohl Deutschland in Europa der zweitgrößte Absatzmarkt für Computerspiele ist, kommen die Inhalte zumeist aus dem Ausland. Hier gibt es Nachholbedarf, um zum Beispiel auch Blockbuster-Produktionen aus NRW zu ermöglichen. So fehlt beispielsweise eine dezidierte Förderung der Computer- und Videospieleindustrie. Länder wie Großbritannien und Frankreich sind hier bereits einen Schritt weiter. Da

”



„Nordrhein-Westfalen ist in den Bereichen Industrie 4.0 und allgemein gesprochen Wirtschaft 4.0 schon ganz gut aufgestellt.“

Robert Stein,

Unternehmer aus Hamm, CDU-Landtagsabgeordneter und Experte für Digitalpolitik
(Foto: Silvio De Negri)

unsere Produkte zunehmend Daten-intensiver werden und immer mehr Spieler beim Spielen vernetzt sind, ist zudem der weitere flächendeckende Ausbau der Gigabit-Netze von großer Bedeutung.“ Ebenso sieht Ralf Wirsing auf der Produktionsseite der Computer- und Videospiel-Branche noch Verbesserungsbedarf: „Die Herstellerszene ist in Deutschland noch zu klein. Wünschenswert wäre ein Mix aus Start-ups, Independent-Entwicklern und großen Studios.“

Um in der Games-Branche Erfolg zu

haben, kommt es laut Prof. Dr. Hans-Josef Vogel, Partner und Standortverantwortlicher der internationalen Wirtschaftskanzlei Beiten Burkhardt in Düsseldorf, aber auch auf einen anderen Aspekt an.

Der Gesellschaftsrechtsexperte rät: „Niemals an Recht sparen – das wird hinterher teuer. Unternehmen sollten von Anfang an so arbeiten, als werde das Unternehmen erfolgreich und müsse eine Due Diligence überstehen.

Außerdem ist es günstiger, direkt ordentlich anzufangen, als später teuer etwas nachrüsten zu müssen.“ Hans-Josef Vogel stellt auch die seiner Ansicht nach entscheidenden Punkte heraus: „Besonders wichtig ist, sich die Marke und alle gewerblichen Schutzrechte zu sichern und generell auf Anwälte zu setzen, die etwas von der Games-Industrie verstehen.“

WWW.HWK-DUESSELDORF.DE/BETRIEBSBERATUNG

Willkommen im Zentrum der deutschen Wirtschaft.

Gründung, Standort, Unternehmensführung: Mittelstand ist bei uns gut beraten
www.hwk-duesseldorf.de/betriebsberatung



Handwerkskammer Düsseldorf

DAS HANDWERK
DIE WIRTSCHAFTSMACHT. VON NEBENAN.

„KAUM EINE BERUFSOPTION IST ZUKUNFTSSICHERER“

Eine Berufsausbildung lohnt sich und bietet eine ernsthafte Karrierealternative zu einem Studium. Darauf weisen Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern hin.

Von Patrick Peters



In Nordrhein-Westfalen fehlen Fachkräfte – in Zukunft noch mehr als heute. Eine gute Ausgangslage also für junge Leute, durch eine Duale Ausbildung des Grundstein für eine erfolgreiche Karriere zu legen.

Foto: © Geber86/istockphoto.com

Die Duale Ausbildung ist ein deutsches Erfolgsmodell und ist ein Vorbild für viele andere Länder – die Idee, schulische und berufliche Bildung zu kombinieren, kommt gut an. In Nordrhein-Westfalen ist im vergangenen Frühling die Kampagne „In drei Jahren Weltklasse“ angelaufen. Der Präsident der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern **Ralf Kersting** betonte seinerzeit: „Das duale Ausbildungssystem steht insbesondere angesichts zurückgehender Schülerabgangszahlen und einer immer weiter ansteigenden Studienneigung am Scheidepunkt. Wir als IHKs in NRW wollen unsere Unternehmen mit der Kampagne bei der Gewinnung von Auszubildenden unterstützen.“

Kersting zufolge gibt es allein im IHK-Bereich rund 270 staatlich anerkannte Ausbildungsberufe für die sich Jugendliche entscheiden können. Die nordrhein-westfälischen IHKs betreuen übrigens mehr als 190.000 Ausbildungsverträge und tragen laut eigenen Angaben jährlich rund 75.000 neue ein – das sind fast zwei Drittel aller Ausbildungsverträge in NRW. Die Förderung der Dualen Ausbildung sei entscheidend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung im Land: „Eine der großen Herausforderungen für die Wirtschaft in NRW wird zukünftig die Sicherung des Fachkräfte-

bedarfs sein. Schon heute fehlen in NRW über 300.000 Fachkräfte, davon rund 270.000 berufliche qualifizierte Fachkräfte“, heißt es bei der NRW-IHK.

Das Handwerk in Nordrhein-Westfalen will verstärkt nun auch Abiturienten und unzufriedene Studenten und Studienabbrecher an eine Duale Ausbildung heranführen. „Lehre und Aufstiegsfortbildung zum Meister sind eine ernstzunehmende Karrierealternative, die alle denkbaren Karrieremöglichkeiten inkludiert“, betont der Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Düsseldorf, **Dr. Axel Fuhrmann**. „Eine Ausbildung im Handwerk ist gleichzeitig technisch anspruchsvoll und nah am Menschen, und sie vereint Teamwork mit der individuellen Perspektive, täglich Lösungen für konkrete Arbeitsprojekte zu finden. In kaum einem Metier ist die Berufszufriedenheit größer.“

Außerdem: Viele Handwerksbetriebe suchen händeringend qualifizierten Nachwuchs. „Kaum eine Berufsoption ist zukunftssicherer und aufstiegsträchtiger. Denn den nächsten fünf Jahren gehen annähernd 10.000 Firmenchefs in Rente. Die Chancen stehen also sehr gut, nach der Berufsausbildung übernommen und für künftige Leitungsaufgaben qualifiziert zu werden“, ergänzt der Kammerchef. Fortbildungslehrgänge zum



Ralf Kersting, Präsident der nordrhein-westfälischen Industrie- und Handelskammern (Foto: IHK NRW)

Meister und Betriebswirt bereiten passgenau auf die Herausforderungen in unternehmerischer Selbstständigkeit vor. Die Kammer weist darauf hin, dass der Meisterabschluss nach dem Deutschen Qualifikationsrahmen mit einem Bachelor-Abschluss gleichgestellt ist. „Wer über die Hochschulreife verfügt, hat die Möglichkeit – in Absprache mit dem Betrieb – die Berufsausbildung um bis zu einem Jahr zu verkürzen. Bei Beginn einer Berufsausbildung mit Fachoberschulreife kann die Ausbildung um bis zu einem halben Jahr verkürzt werden“, sagt Fuhrmann weiter. (rps)



„Lehre und Fortbildung zum Meister sind ernstzunehmende Karrierealternativen.“

Dr. Axel Fuhrmann
ist Hauptgeschäftsführer der
Handwerkskammer Düsseldorf (HWK)
(Foto: HWK)



„BEIDE SEITEN MÜSSEN SICH IN DER MITTE TREFFEN“

Der Weg hin zur erfolgreichen Unternehmensübertragung ist nicht immer leicht. Denn oftmals sind die Vorstellungen von alter und neuer Generation unterschiedlich. Deshalb kommt es darauf an, dass beide Parteien am gleichen Strang ziehen.

Es ist wohl die absolute Wunschkonstellation: Nach erfüllten Jahrzehnten an der Unternehmensspitze übergibt der Inhaber sowohl die Eigentümerstellung als auch die operative Führung und Verantwortung an einen Nachfolger aus der Familie und zieht sich in den Ruhestand zurück. Der neue Chef steuert das Unternehmen ruhig und besonnen durch die kommenden Jahre und Jahrzehnte, entwickelt es weiter und baut den wirtschaftlichen Erfolg aus.

Die Praxis zeigt aber: Der Weg hin zur erfolgreichen Unternehmensübertragung ist nicht immer leicht. Denn oftmals sind die Vorstellungen von alter und neuer Generation unterschiedlich. Während der Senior häufig nicht loslassen kann, will der Nachfolger gleichzeitig vielleicht andere Schwerpunkte setzen und hat andere Ideen von Unternehmensführung und Strategie. Dabei sei dieser Gleichlauf aber entscheidend für eine harmonische Unternehmensübertragung, betont **Magnus Bürger**,

geschäftsführender Gesellschafter der Robert Jaeger Rohstoffhandelsgesellschaft aus Reichshof-Denklingen im Oberbergischen. „Es ist wichtig, dass sich beide Seiten beim Tempo auf der Mitte treffen. Der eine darf Neues nicht hemmen, aber der andere muss auch darauf achten, die bisherige Führungsgeneration nicht zu überrennen und mitzunehmen. Denn in der Regel bleibt der Senior-Eigentümer ja noch eine ganze Weile im Unternehmen, oft auch als Gesellschafter.“



Senior so gut wie jeden Tag in der Firma

Magnus Bürger weiß, wovon er spricht. Er hat das Familienunternehmen, das seit rund 100 Jahren unter anderem in der Entsorgung, dem Recycling von Abfällen, Altmetallen und Sekundärrohstoffen und der Beratung zur Optimierung von Prozessabläufen tätig und über die Region hinaus als Partner des Mittelstandes verankert ist, 1996 von seinem Vater übernommen; sein Bruder Michael ist als Betriebsleiter Minderheitsgesellschafter. „Mein Vater ist bis heute noch so gut wie jeden Tag in der Firma, und zu Anfang war er auch als Gesellschafter und Berater mit an Bord. Da habe ich schnell gemerkt, dass unserer beider Interessen unter einen Hut gebracht werden müssen.“ Der Vater habe beispielsweise Kundenkontakte, die Magnus Bürger aufgebaut hat, an sich gezogen und weiterhin stark operativ auf das Unternehmen eingewirkt. Mit der Zeit aber habe sich die neue Situation etabliert, und Bürger hat den Betrieb beständig fortentwickelt, neue Kunden und Geschäftsbereiche aufgebaut.

Er betont, dass ein Nachfolger nicht versuchen dürfe, das Unternehmen umzukrempeln. „Gerade in einem alt-eingesessenen Familienbetrieb geht es um Kontinuität, Transparenz und Kundennähe. Das kann man nicht von heute auf morgen über Bord werfen, indem man als neuer Eigentümer völlig neue Wege geht, die nicht mit dem bisherigen des Unternehmens übereinstimmen.“ Auch die neue Generation müsse die unternehmerischen Werte mittragen, die ja oft auch die Familienwerte widerspiegeln. Gleichzeitig seien aber die Senior-Eigentümer auch gefordert, nicht auf alten Denkmus-

tern zu beharren, denn es gebe immer Themen, die die Nachfolger besser verstehen und bearbeiten könnten. „In unserer Branche verändert sich zum Beispiel ständig die Rechtslage. Dies müssen wir kennen und unsere Unternehmensstrategie regelmäßig daran anpassen. Mein Vater beispielsweise ist froh, dass er sich mit dieser Dynamik nicht mehr auseinandersetzen muss.“

Übertragung frühzeitig planen

Einen mehr als ernst gemeinten Rat hat der Unternehmer dafür, sich zum richtigen Zeitpunkt mit der Nachfolge auseinanderzusetzen. „In dem Moment, in dem man die unternehmerische Verantwortung übernimmt, sollte man die Übertragung planen. Bei uns steht mit meinem Neffen bereits die vierte Generation in den Startlöchern. Es kann schneller zu einer Situation kommen, in der ein Nachfolger benötigt wird, als einem lieb sein kann, sei es durch Unfall oder Krankheit. Wer dann nicht vorgesorgt hat, setzt das Unternehmen und die wirtschaftliche Versorgung der Familie aufs Spiel.“

Wer dann nicht für eine temporäre Unternehmensnachfolge gesorgt habe, könne in echte Schwierigkeiten kommen, da niemand die Gesellschaftsrechte sowie auch die Geschäftsführungsaufgaben wahrnehmen könne



Magnus Bürger, geschäftsführender Gesellschafter der Robert Jaeger Rohstoffhandelsgesellschaft aus Reichshof-Denklingen im Oberbergischen. (Foto: MIT NRW/Roland Rochlitzer)

– also Rechnungen begleichen, Steuererklärung unterzeichnen etc., stellt der Düsseldorfer Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater Dr. Christopher Riedel heraus. „Fällt das auf, wird mitunter gerichtlich ein Notgeschäftsführer bestellt. Dieses Risiko können Unternehmer umgehen, indem sie einen Vertrauten bevollmächtigen, die Gesellschaftsrechte wahrzunehmen und im Bedarfsfall auch einen neuen Geschäftsführer zu bestellen“, erläutert Christopher Riedel. Ebenso könne es helfen, direkt einen Prokuristen oder weiteren Geschäftsführer zu bestellen; gerade bei größeren Betrieben sei das sinnvoll.

(Links) Bei Robert Jaeger geht es oftmals heiß her.

(Rechts) Die **Robert Jaeger Rohstoffhandelsgesellschaft** ist seit rund 100 Jahren unter anderem in der Entsorgung, dem Recycling von Abfällen, Altmetallen und Sekundärrohstoffen und der Beratung zur Optimierung von Prozessabläufen tätig. (Fotos: Robert Jaeger)





Der Düsseldorfer Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht und Steuerberater **Dr. Christopher Riedel** (Foto: Riedel)

NEUE ERBSCHAFTSSTEUER: DIE GESTALTUNG WIRD KOMPLEXER

Eine Frage, die sich bei der Unternehmensnachfolge natürlich immer stellt, ist die der Besteuerung. Gerade seit der Neuordnung der Erbschaftsteuer nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Dezember 2014 treibt Eigentümer die Sorge, bei einer Übertragung hohe Steuern zahlen zu müssen. „Im Kern bleibt es zwar dabei, dass Unternehmensnachfolger von der Erbschaft- und Schenkungsteuer weitgehend verschont werden, wenn sie Betrieb und Arbeitsplätze über mehrere Jahre hinweg erhalten. Aber die Gestaltung ist auch für kleinere und mittlere Betriebe komplizierter geworden, weil es die früheren pauschalen Vergünstigungen auch bei hohen Unternehmenswerten nicht mehr gibt“, sagt **Dr. Christopher Riedel**. „Eine Befreiung von der Lohnsummenkontrolle gilt nur noch für Unternehmen mit bis zu fünf Arbeitnehmern. Und den Verschonungsabschlag von 85 beziehungsweise 100 Prozent gibt es auch nur noch dann, wenn ein Unternehmenswert von 26 Millionen Euro pro Erwerber nicht überschritten wird. Hinzu kommt, dass auch die Abgrenzung des begünstigten Betriebsvermögens vom sogenannten Verwaltungsvermögen deutlich komplizierter geworden ist als früher.“

Sehr komplex werde es bei großen Unternehmenswerten, warnt Christopher Riedel. „Oberhalb der Summe von 26 Millionen Euro muss der Erwerber nachweisen, dass ihn die Zahlung der Steuer überfordert. Dabei kann er – vereinfacht gesprochen – mit bis zu 50 Prozent seines Privatvermögens sowie 50 Prozent der nicht als begünstigungswürdig eingestuften Teile des Unternehmensvermögens zur Begleichung der Steuerschuld herangezogen werden.“ In diesen Dimensionen sei es sinnvoll, einen großen Einzelerwerb zu verhindern und eine Schenkungsstrategie zu erarbeiten, innerhalb derer alle verfügbaren Freigrenzen strategisch genutzt werden.

Der Rechtsanwalt betont aber auch, dass in manchen Fällen eine oder mehrere Familienstiftungen für Großunternehmer Sinn ergeben könnten. „Das kann immer dann eine Rolle spielen, wenn ich das Vermögen nicht vollständig auf die Kinder aufteilen kann oder will. Mit der Stiftungslösung erschaffe ich einen Nachfolger, der zu einer steuerlichen Optimierung führt und eine mögliche ‚Steuerbombe‘ im plötzlichen Erbfall verhindert.“ Steuerlich besteht die Besonderheit der Ersatzerbschaftsteuer. Die Stiftung wird sozusagen alle 30 Jahre mit Erbschaftsteuer belastet (die Jahr für Jahr prozentual gezahlt und gegebenenfalls gestundet werden kann), so als ob sie „verstorben“ wäre und ihr Vermögen auf eine neue Stiftung überginge. Dabei müssten Unternehmer aber die besondere Disposition der Stiftung beachten: „Das an sie übergegangene Vermögen kann nicht mehr ohne Weiteres herausgelöst werden und geht in die Kontrolle der Familienstiftung als Rechtsträger über. Wenn ich das für einen Teil meines Vermögens mache, muss ich natürlich sicherstellen, dass der eigentliche Unternehmensnachfolger tatsächlich die Kontrolle behält. Das muss ich auf Ebene der Stiftungssatzung und zusätzlich auch auf Ebene des Unternehmens (also gesellschaftsvertraglich) absichern“.

Rahmenbedingungen für den Notfall regeln

Ebenso sei es möglich, weitere Vorkehrungen für den Fall des Falles zu treffen. Dieses Konzept bezeichnet Christopher Riedel, der Unternehmer und Familien bei allen rechtlichen und steuerlichen Fragestellungen rund um die Vermögensnachfolge berät, als „Notfallkoffer mit Handlungsanweisungen“: „Wer für den Notfall die Rahmenbedingungen regelt, nimmt im Falle des Falles große Last von den Schultern der Angehörigen. Der Betrieb kann dann weiterlaufen und steht nicht still, so dass zumindest ohne schwerwiegende wirtschaftliche Verluste eine neue Führungsspitze gesucht werden kann, wenn sich niemand aus der Familie direkt dafür anbietet, weil die Kinder zum Beispiel zu jung sind.“ Zu den Informationen, die sich in einem unternehmerischen „Notfallkoffer“ wiederfinden sollten, gehören laut dem Rechtsanwalt neben dem Testament generell alle wesentlichen Dokumente (Versicherungen, Verträge etc.) sowie eine Liste mit Kontakten, die zu Rate gezogen werden können: vom Interims-Manager bis zum Rechtsanwalt, vom Steuerberater bis zur Personalberatung, um dauerhaft einen adäquaten Geschäftsführer zu finden. „Das sind natürlich keine abschließenden Lösungen, sondern Notmaßnahmen. Aber diese können ein Unternehmen und damit die Ertragsquelle der Familie retten“, fasst Riedel zusammen.

Bei Magnus Bürger war es einmal übrigens fast so weit, dass der Notfallkoffer zum Einsatz gekommen wäre. Eine Erkrankung hat ihn wochenlang aus dem Verkehr bezogen, aber er konnte kurzfristig noch mit Steuerberater, Bankberater und anderen Vertrauten die wichtigsten Themen regeln – unter anderem wie es mit dem Unternehmen im Falle seines dauerhaften Ausscheidens weitergehen sollte. „Ich kann jedem Unternehmer nur raten, dies nicht auf die leichte Schulter zu nehmen und unbedingt für den Notfall vorzusorgen.“

„EIN UNTERNEHMENSVERKAUF IST IMMER EMOTIONAL“

Das Geschäft mit Unternehmenstransaktionen boomt. Die Rahmenbedingungen sind also gut, ein Unternehmen zu verkaufen oder auch zu kaufen. Dafür braucht es aber Zeit, ein solcher Prozess lässt sich nicht in wenigen Wochen durchlaufen, betonen Experten.



Sergio Nicolas Manjon, Geschäftsführer der M&A-Beratung Avandil aus Düsseldorf (Foto: Avandil)

Bayer kauft Monsanto für rund 63 Milliarden Euro, die US-amerikanischen Telekommunikationsunternehmen AT&T und Time Warner fusionieren für rund 81 Milliarden Euro, Sigma-Aldrich kauft den Pharmariesen Merck für 12,7 Milliarden Euro. Solche M&A-Deals (M&A = Mergers & Acquisitions, also Unternehmensverkäufe, -käufe und Fusionen) erregen gerne das Interesse der Öffentlichkeit.

Aber freilich gilt: „Die absolute Mehrzahl der Unternehmenstransaktionen spielt sich abseits der Medien und der Öffentlichkeit ab und betrifft auch nicht weltweit agierende Konzerne, sondern in der Regel kleine und mittelständische Unternehmen“, sagt Sergio Nicolas Manjon, Geschäftsführer der M&A-Beratung Avandil aus Düsseldorf, die sich auf die Beratung und Begleitung von diesen KMU vor allem bei Unternehmensverkäufen spezialisiert hat. Vergangenes Jahr sind laut Expertenschätzungen etwa 1750 Firmenübernahmen mit deutscher Beteiligung durchgeführt worden. Die Tendenz ist steigend, meint Sergio Nicolas Manjon: „Immer mehr kleine und mittelständische Unternehmer werden in den kommenden Jahren in den Ruhestand eintreten, aber nicht jeder von ihnen hat einen Nachfolger in der Familie oder im Unternehmen. Und dann spielt auf einmal der Unternehmensverkauf eine wichtige Rolle, sei es an einen Wettbewerber, einen Quereinsteiger oder einen Investor.“

Aktuell finden Verkäufer demnach gute Rahmenbedingungen für einen Verkauf ihres Unternehmens vor – umgekehrt gilt das gleiche. „Aufgrund der Zinssituation ist die Investitionsbereitschaft hoch, Käufer können sich leichter refinanzieren und einen Deal realisieren. Wir spüren das ganz konkret in der praktischen Arbeit, dass es viele Interessenten für ein etabliertes kleineres oder mittelständisches Unternehmen gibt. Und diese kommen immer häufiger auch aus dem Ausland, um gezielt in Deutschland zu investieren“, sagt der Avandil-Geschäftsführer.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young stellt beispielsweise heraus, dass chinesische Investoren „mit Macht auf den europäischen Markt“ drängen. „Im ersten Halbjahr 2016 haben sie in Deutschland und in Europa jeweils so viele Akquisitionen getätigt wie im gesamten Jahr 2014 – Rekord für ein erstes Halbjahr. In Europa kauften oder beteiligten sie sich an 164 Unternehmen, in Deutschland waren es 37 Unternehmen“, heißt es.

Wer einen Unternehmensverkauf plane oder auch der Suche nach einem Unternehmen sei, sollte sich laut Sergio Nicolas Manjon Zeit dafür nehmen. „So ein Prozess lässt sich nicht in wenigen Wochen durchlaufen. Es spielen viele Faktoren eine Rolle, dazu gehört natürlich die transparente und marktgerechte Kaufpreisermittlung, die Suche nach einem passenden Unternehmen beziehungsweise dem richtigen Käufer, die Abwicklung unter Beachtung aller steuerlichen und rechtlichen Punkte – und die emotionale Begleitung. Es ist wichtig, die ausgesprochenen und unausgesprochenen Wünsche und Sorgen des Verkäufers zu verstehen und einzubeziehen. Schließlich überträgt er sein Lebenswerk an einen neuen Eigentümer – da muss alles passen, eben besonders die emotionale Seite“, betont Sergio Nicolas Manjon. Dabei komme es auf die professionelle und persönliche Moderation im gesamten Prozess an, um Verkäufer und Käufer dauerhaft zusammenzubringen und mögliche Konfliktpotenziale frühzeitig auszuräumen. Das führe zum in der Regel zügigen Erfolg bei einer Transaktion. (rps)

Wollen Unternehmer ihren Betrieb erfolgreich verkaufen, müssen sie auf viele Details achten. Dazu gehört zum Beispiel die transparente und marktgerechte Kaufpreisermittlung. (Foto: © tsyhun/123rf.com)



INSOLVENZANFECHTUNG: RECHTSSICHERHEIT FÜR UNTERNEHMEN UND ARBEITNEHMER HERSTELLEN

Nimmt ein Unternehmen Zahlungen von einem von der Insolvenz bedrohten Betrieb entgegen, ist dies nicht mehr so leicht wie in der Vergangenheit anfechtbar. Der Gesetzgeber hat die Insolvenzordnung dahingehend reformiert, um Unternehmen und Mitarbeiter zu schützen.



Für Unternehmer war die Insolvenzanfechtung jahrelang ein Schreckgespenst der besonderen Art: Sie sahen sich dadurch dem Risiko ausgesetzt, im Falle der Insolvenz eines Geschäftspartners vom Insolvenzverwalter dazu aufgefordert zu werden, unter bestimmten Voraussetzungen alle Zahlungen, die sie vom insolventen Unternehmen erhalten haben, zurückzuzahlen – inklusive Zinsen und das bis zu zehn Jahre rückwirkend. Selbst die Gehälter von Mitarbeitern konnten unter engen Voraussetzungen zurückgefordert werden. Jetzt hat der Gesetzgeber die Insolvenzordnung (InsO) insoweit reformiert, dass die Möglichkeit der Insolvenzanfechtung eingeschränkt wird.

„Die Insolvenzanfechtung diene und dient dazu, die Gleichheit unter den Gläubigern herzustellen. Schließlich ist sie kein willkürlicher Akt, sondern wird in den Fällen eingesetzt, in denen ein Unternehmen Zahlungen entgegengenommen hat, obwohl ihm die akute oder drohende Zahlungsunfähigkeit bereits bekannt war – das Stichwort ist die Vorsatzanfechtung. Damit hat er sich einen Vorteil gegenüber den anderen Gläubigern verschafft. Wir sind als Insolvenzverwalter im Insolvenzverfahren nach der Insolvenzordnung dazu verpflichtet, die Gläubiger bestmöglich und gleichmäßig zu befriedigen. Deshalb müssen wir die Insolvenzmasse mehren, um so hohe Quoten wie möglich zu erreichen. Und dann kommt die Insolvenzanfechtung ins Spiel, wenn es die rechtlichen Möglichkeiten erlauben“, sagt der Duisburger Rechtsanwalt

und Diplom-Betriebswirt **Dirk Hammes**, namensgebender Partner der Kanzlei hammes. Insolvenzverwalter. Er gehört regelmäßig zu den am meisten bestellten Insolvenzverwaltern in Deutschland.

Mit der Reform will die Regierungskoalition mehr Rechtssicherheit für Unternehmen und Arbeitnehmer herstellen. „Unternehmen müssen sich darauf verlassen können, dass sie Zahlungen, die sie für ihre Leistungen erhalten haben, behalten können. Künftig sollen zudem Fälle, in denen Insolvenzverwalter Löhne von Arbeitnehmern zurückgefordert haben, ausgeschlossen sein“, sagt die rechtspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elisabeth Winkelmeier-Becker. Zudem können Insolvenzverwalter in Zukunft von Lieferanten nicht mehr hohe Beträge zurückfordern, nur weil diese etwa vor längerer Zeit Ratenzahlungen mit dem nunmehr insolventen Unternehmen vereinbart hatten. Ebenso besteht jetzt ein Bargeschäftsprivileg: Hat ein Gläubiger vom insolventen beziehungsweise von der Insolvenz bedrohten Unternehmen eine Leistung erhalten, für die er unmittelbar eine gleichwertige Gegenleistung erbracht hat, ist dies grundsätzlich nicht mehr anfechtbar. Eine Ausnahme gilt für den Fall, dass der Insolvenzverwalter nachweisen kann, dass der Schuldner „unlauter“ gehandelt hat und dies für den Empfänger der Zahlung ersichtlich war. Das bedeutet zugleich nicht, dass Unternehmen nun hemmungslos zugreifen können, auch wenn sie von der Krise des Partners wissen. „Natürlich wird die Vorsatzanfechtung nicht unmöglich gemacht, Wer sich wider besseres Wissen bereichert, muss auch weiterhin damit rechnen, dass der Insolvenzverwalter dies bei seinen Nachforschungen herausfindet und dementsprechend anfechtet. Die Möglichkeit ist jetzt nur von zehn auf vier Jahre reduziert worden“, betont Dirk Hammes.

Eine sehr positive Neuerung ist für den Rechtsanwalt die Tatsache, dass keine neuen Sonderrechte für einzelne Gläubigergruppen geschaffen wurden.



Dirk Hammes, namensgebender Partner der Kanzlei hammes. Insolvenzverwalter. (Foto: hammes)

Ursprünglich habe der Gesetzesentwurf vorgesehen, dass Steuerbehörden und Sozialversicherungsträger, die eigene Zwangsvollstreckungstitel schaffen und diese Maßnahmen in hoheitlicher Manier durchsetzen können, vor der Anfechtung geschützt werden – selbst wenn sie unmittelbar vor dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens Gelder kassiert haben. „Das benachteiligt die Unternehmen, die offene Forderung zunächst über eine oder mehrere Instanzen einklagen und dann erst vollstrecken können. Sie kommen mit seiner Forderung wesentlich später zum Zug als öffentlich-rechtliche Gläubiger, die dann aber regelmäßig alle verfügbaren Vermögenswerte schon im Wege der Zwangsvollstreckung abgeräumt haben. Es ist ein gutes Zeichen für die Insolvenzpraxis, dass solche Handlungen in jedem Falle angefochten werden können. Zumal dadurch oftmals mehr Geld für die Sanierung des Schuldnerunternehmens zur Verfügung steht.“

Damit folgt Dirk Hammes der Ansicht von Prof. Dr. Heribert Hirte, zuständiger Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion im Rechtsausschuss für das Insolvenzrecht, der in dem Zusammenhang formuliert: „Das Insolvenzrecht muss als Instrument zur Sanierung von Unternehmen und zum Erhalt von Arbeitsplätzen bewahrt bleiben. Deswegen haben wir uns nachdrücklich dafür eingesetzt, Privilegien für den Fiskus und andere öffentlich-rechtliche Gläubiger zu verhindern.“



„SANIERUNG WIRD UNNÖTIG ERSCHWERT“: EXPERTE KRITISIERT WEGFALL DES SANIERUNGSERLASSES



Georg F. Kreplin von der Düsseldorfer
Kanzlei Kreplin & Partner
(Foto: Kreplin & Partner)

Die Reform der Insolvenzanfechtung ist nicht die einzige Neuerung im Kontext von Insolvenz und Sanierung, auf die sich Unternehmen aktuell einstellen sollten. „Der Wegfall des sogenannten Sanierungserlasses ist einschneidend für die aktuelle Insolvenzpraxis. Dadurch werden Sanierungsgewinne – kurz gesagt – wie normale Gewinne angesehen und

unterliegen damit der herkömmlichen Unternehmensbesteuerung. Das heißt: Die Sanierung eines Unternehmens im Rahmen des wichtigen und erfolgreichen Insolvenzplanverfahrens wird erheblich erschwert oder sogar nahezu unmöglich gemacht, da beispielsweise ein Forderungsverzicht der Gläubiger dazu führt, dass unmittelbar eine hohe Steuerforderung anfällt“, sagt **Georg F. Kreplin**, Rechtsanwalt und Sanierungsexperte aus Düsseldorf und namensgebender Partner der Kanzlei Kreplin & Partner. Er kann die Entscheidung des Bundesfinanzhofs in seiner Konsequenz nicht nachvollziehen, da nun der Gesetzgeber zum Handeln gezwungen werde. Das kann aber noch dauern. „Ein Forderungsverzicht, der ja als Form der Entschuldung dabei unterstützen soll, dass ein Unternehmen sich leichter sanieren lässt, um es für die Zukunft neu aufzustellen, sorgt jetzt für einen hohen Liquiditätsentzug durch die Steuer.“ Das Geld für die Steuerzahlung müsse wiederum aus anderen Quellen bezogen werden und fehle damit für die allfällige Sanierung – und der Rechtsanwalt ist sich sicher, dass viele Schuldner nun den Weg der Sanierung mithilfe eines Forderungsverzichts gar nicht

mehr mitgehen können. Denn die oft geäußerte Hoffnung der Gläubiger, durch Forderungsverzicht und Zustimmung zum Plan einen Geschäftspartner für die Zukunft erhalten zu können, zerschlägt sich durch den BFH-Beschluss quasi von selbst, führt Georg Kreplin weiter aus. Nun sei der Sanierungswille des Gesetzgebers gefragt, sodass sanierungsfähige Unternehmen eine zweite Chance erhalten und Arbeitsplätze gesichert werden können. Die Herausforderung für Insolvenzverwalter sei es, für Schuldner und Gläubiger nun dennoch das Beste aus der Situation zu machen.

Ob und wann die Initiative des Bundesrats, Sanierungsgewinne steuerlich zu begünstigen, wirklich umgesetzt wird, ist unklar. Sie wird erst der EU-Kommission vorgelegt. Das bedeutet, dass es noch lange dauern kann, bis es eine Stellungnahme gibt. Dadurch würde die dringend gebotene Gesetzesanpassung weiter verzögert, was wiederum für die Praxis ein großes Problem darstellen würde, so Georg Kreplin.



FINANZIERUNG: ES MUSS NICHT IMMER DER KREDIT SEIN

Viele Unternehmer suchen gezielt nach Alternativen zur herkömmlichen Bankfinanzierung. Dafür bietet sich beispielsweise das Leasing an – und die Emission eigener Anleihen.

Obwohl die Zinsen niedrig sind, stehen die Unternehmen nicht gerade Schlange bei den Geschäftsbanken, um sich zu finanzieren. Aufgrund der guten Geschäftslage der vergangenen Jahre verfügen viele Betriebe über eine gut gefüllte Kriegskasse, um Investitionen zu tätigen. Aber gleichzeitig spüren sie, dass die Kreditvergabe auch nicht unbedingt leichter geworden ist – unter anderem die Richtlinien nach Basel III lassen grüßen.

Deshalb sind Unternehmen regelmäßig auf der Suche nach Finanzierungsalternativen. Ein Beispiel dafür: das Leasing. „Die Leasing-Branche ist Deutschlands größter Investor und generiert ein jährliches Investitionsvolumen von zuletzt 64,2 Milliarden Euro in 2016. 1,8 Millionen Leasing-Verträge wurden 2016 neu abgeschlossen. Zu den Leasing-Kunden zählen insbesondere mittelständische Unternehmen“, heißt es beim Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen. Firmen können so gut wie sämtliche Wirtschaftsgüter leasen: Fahrzeuge, Maschinen, Computer-Hardware und Gebäude, aber auch Software sowie Marken- und Patentrechte. Selbst die Vorfinanzierung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten ist übers Leasing möglich.

Die Vorteile des Leasings stellt der Bundesverband ebenso heraus. Bereits seit 20 Jahren fragt er im Rahmen seiner Marktstudien die Unternehmensentscheider auch nach ihren Beweggründen für Leasing. Es zeigt sich, dass über den gesamten Zeitraum finanzielle Motive

den Ausschlag gaben, Investitionen in Fahrzeuge, Maschinen, IT-Ausstattung und andere Güter mittels Leasing zu realisieren. „Leasing schont die Liquidität“, „die Kosten sind gleichmäßig und genau kalkulierbar“, „die Bank-Kreditlinie bleibt erhalten“, „die Betriebsausstattung bleibt auf dem neuesten Stand“ und „Investitionen sind trotz geringem Budgets möglich“ sind die Top 5 der aktuellen Leasing-Motive.

Eine andere Option ist die Emission einer eigenen Anleihe, sagt der Düsseldorfer Vermögensverwalter **Thomas Hünicke** (WBS Hünicke), der Mittelständler regelmäßig bei diesem Thema begleitet. „Für sie können sich aus der Emission von Anleihen viele Chancen ergeben. Es ist eine gute Finanzierungsoption an den Kapitalmärkten, um sich von den Banken etwas unabhängiger zu machen. Wer eine Anleihe emittieren will, braucht dafür keine Bank, kann sich direkt durch die Anleger refinanzieren, muss keine Quartalszahlen vorlegen etc. Kurzum: Eine Anleihe-Emission kann mit der kürzesten Weg zur Finanzierung eines unternehmerischen Ziels sein.“



Der Düsseldorfer Vermögensverwalter **Thomas Hünicke** (WBS Hünicke)
(Foto: WBS Hünicke/Kathrin Schweitzer)

Die Mittelstandsanleihe ersetze nicht vollständig die klassische Finanzierung. Aber sie vereinfache manche Prozesse, denn die Emission einer Anleihe führe dazu, zum Beispiel nicht regelmäßig die Bilanz bei der Bank vorlegen zu müssen. Zudem seien die Kupon-Zahlungen je nach Bonität des Unternehmens zum Teil günstiger als Bankkredite, sagt Thomas Hünicke, der Unternehmen von der Analyse über die Auflegung bis hin zur Platzierung der Anleihen am Markt unterstützt. „Substanzstarke Mittelstandsanleihen sind bei vielen Investoren beliebt. „Deshalb bietet die Emission einer Mittelstandsanleihe gute Perspektiven für Unternehmen und Unternehmer.“ Es sei auch bereits vorgekommen, dass zwei bis drei Jahre nach einer erfolgreichen Platzierung der eigenen Unternehmensanleihe die Gespräche mit der Hausbank „anders verlaufen“ seien als zuvor, sagt Hünicke abschließend. (rps)



Wachstum finanzieren und das Unternehmen entwickeln: Dafür gibt es Instrumente abseits der Bank.

(Foto: © stockbroker/123rf.com)

DAS „ZINSLOSE RISIKO“ KANN VERMÖGEN KOSTEN

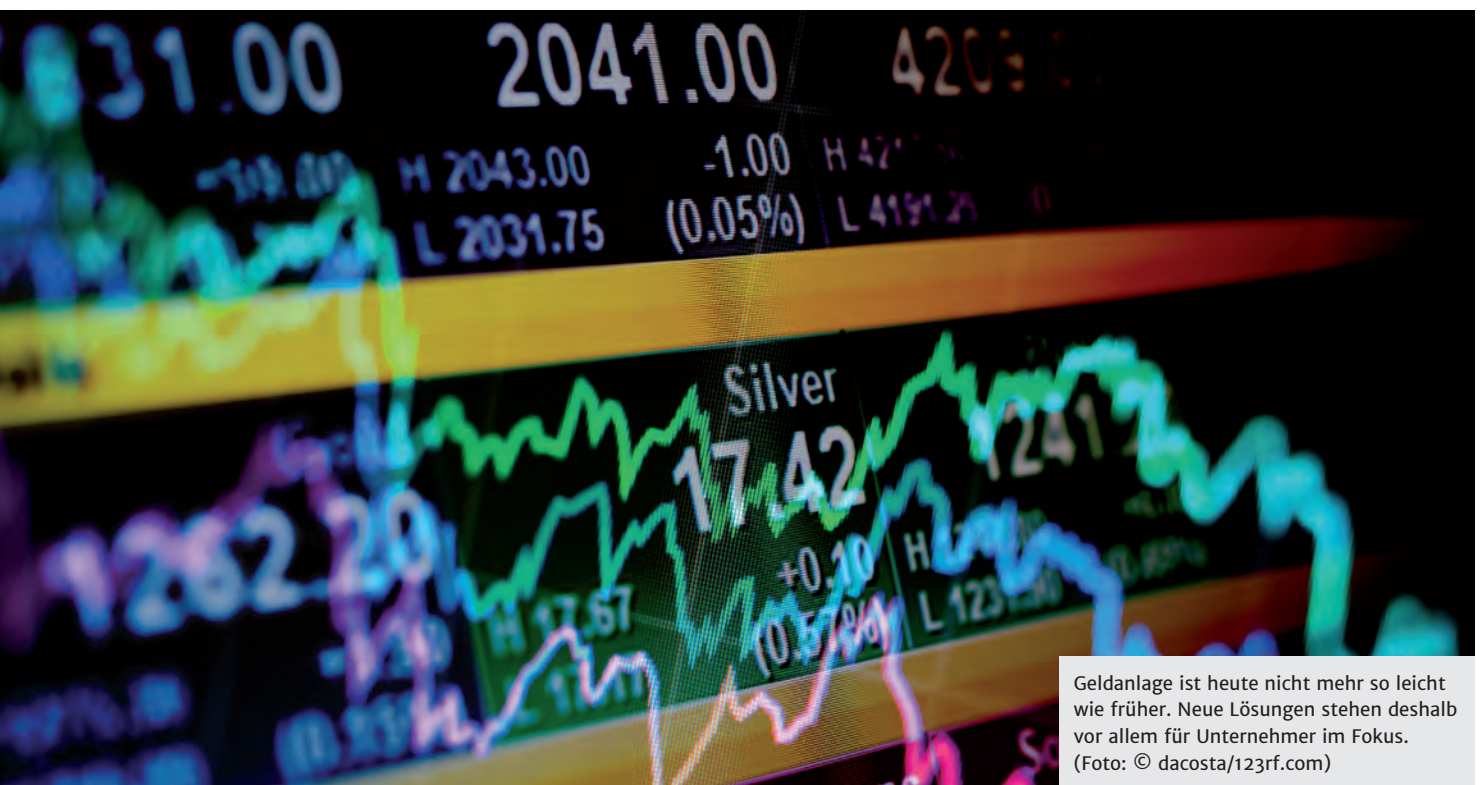
Die Niedrigzinssituation gefährdet die Altersvorsorge von Unternehmern und Angestellten gleichermaßen. Der Fokus in der Vermögensverwaltung rückt deshalb auf die Aktie, stellen Experten heraus. Ebenso interessant: Pensionszusagen durch eine Kapital- oder Personengesellschaft.

Der Niedrigzins hält die Sparer und Investoren fest im Griff. Seit Längerem schon gibt es kaum noch oder gar keine Zinsen mehr für festverzinsliche, sichere Anlagen wie Bundesanleihen, Tages- oder Festgeld. Und schon länger macht das Wort vom „zinslosen Risiko anstatt risikolosen Zins“ die Runde: Denn selbst Staatsanleihen sicherer Emittenten wie der Bundesrepublik Deutschland oder anderer substanzstarker westlicher Industrienationen unterliegen Kursrisiken (was zu Verlusten beim Verkauf führen kann), und wer sich in vermeintlich

„bombensichere“ Anlagen zurückzieht, verliert auf Dauer Vermögen.

Viel Vermögen, wie **Thomas Lenerz** vorrechnet: „Wer heute Geld seines Vermögens in eine neu aufgelegte zehnjährige Bundesanleihe investiert, erhält dafür eine jährliche Zinszahlung von null Prozent – also nichts. Bei der im Januar 2016 platzierten Anleihe betrug der sogenannte Kupon 0,5 Prozent. Das sind keine Werte, mit denen sich Vermögen aufbauen lässt“, warnt der Direktor beim bankenunabhängigen Vermögensverwalter I.C.M. Independent Capital Management aus Mannheim und Neuss/Düssel-

dorf. Die Gesellschaft verwaltet seit vielen Jahren Kundenvermögen in individuellen Portfolios. „Diese Situation ist besonders kritisch hinsichtlich der Vermögensverwaltung für den Ruhestand. Unternehmer und Selbstständige erhalten in der Regel keine Zahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung und sind deshalb darauf angewiesen, sich privat um ihre Altersvorsorge zu kümmern. Wenn ihre Depots aber keine Zinsen bzw. Erträge abwerfen, wird dies zu einem Problem. Allein die Inflation, wenn man sie durchschnittlich bei zwei Prozent im Jahr taxiert, frisst in 15 Jahren rund 30 Prozent des Vermögens auf. Das Geld fehlt



Geldanlage ist heute nicht mehr so leicht wie früher. Neue Lösungen stehen deshalb vor allem für Unternehmer im Fokus. (Foto: © dacosta/123rf.com)

dann natürlich.“ Das gleiche gilt natürlich auch für Arbeitnehmer, die ein Vermögen für später aufbauen wollen.

Für Thomas Lenerz führt deshalb kein Weg an einer gut strukturierten Aktienanlage vorbei. „Die Erfahrungen an den Kapitalmärkten zeigen, dass Aktien als ‚konservativer‘ Sachwert auf Dauer sehr stabil und gewinnbringend sind. Davon profitieren die Anleger, wie die Zahlen zeigen: Wer vor fünf Jahren in den deutschen Leitindex DAX investiert hat und durch alle Krisen geduldig mitgegangen ist, hat sein Vermögen heute fast verdoppelt. Anleger im US-amerikanischen Dow Jones haben rund 70 Prozent Kursgewinn gemacht, und der MSCI World, der die Entwicklung der Aktien von 23 Industrieländern weltweit widerspiegelt und als einer der wichtigsten Aktienindizes der Welt gilt, hat ein Kursplus von 65 Prozent erwirtschaftet.“ Dann seien Entnahmen kein Problem mehr, da sich der Wert des Depots durch die Wertzuwächse immer wieder stabilisiere.

Wichtig ist indes, immer auch aufs Risiko zu schauen. Vermögensverwaltungen wie I.C.M. setzen dafür auf ein dauerhaftes Risiko-Management, um die Kurschwankungen, vor denen sich viele Anleger fürchten, zu begrenzen. „Dafür eignen sich bestimmte Instrumente, die zwar enorme Gewinnsprünge in Spitzenphasen begrenzen, dafür jedoch das Portfolio nach unten abfedern und selbst bei Abstürzen in den Märkten noch immer gute Chancen wahren“, stellt Lenerz heraus, der sagt: „Dann können Anleger trotz eines deutlichen Aktienanteils jederzeit gut schlafen.“

Eine gute Ergänzung zur privaten Vermögensverwaltung ist die Möglichkeit für Geschäftsführer und Führungskräfte, sich über ihr Unternehmen eine Pensionszusage zu geben. Damit verpflichtet sich eine Kapital- oder Personengesellschaft, ihren Organen und Managern auch über deren Ausscheiden als Mitarbeiter hinaus eine Vergütung zu zahlen. Sie müssen also nicht selbst Versicherungen für das Alter abschließen, die er aus eigenem Gehalt zahlt, sondern die GmbH gibt ihm den

entsprechenden Schutz für die Zeit nach der Berufstätigkeit. „Das ist zum Beispiel eine gute Möglichkeit, als Unternehmer auch nach einer Übertragung der Gesellschaft, etwa an die Kinder, im Ruhestand davon zu profitieren“, sagt **Sascha Wortmann**, Inhaber von Wortmann Finanzen & Beratung aus Mönchengladbach. Er berät unter anderem bei der Strukturierung von Pensionszusagen und der Gestaltung der entsprechenden Verträge.

Doch wie finanziert eine GmbH die Pensionszahlungen zum Beispiel für den ehemaligen Geschäftsführer? Eine Möglichkeit: aus den laufenden Erträgen oder dem Betriebskapital. „Das ist aber oftmals schwierig und kann die Liquidität belasten, da sich die Höhe der Pensionszusage in der Regel am durchschnittlichen Einkommen des Gesellschafter-Geschäftsführers orientiert. Üblich sind 75 Prozent. Wesentlich vorteilhafter ist es, Rückstellungen zu bilden. Das Geld dafür verbleibt zunächst im Unternehmen und wird erst benötigt, wenn der Gesellschafter-Geschäftsführer ausscheidet und das Geld abgefragt wird. Gleichzeitig spart die GmbH Steuern. Die Rückstellung wird steuerlich als Aufwand behandelt und mindert damit den zu versteuernden Gewinn der GmbH“, erläutert Sascha Wortmann einen Weg, der sich in der Praxis regelmäßig bewährt.

Dabei kommt es aber darauf an, die Rückstellungen rechtlich sauber zu managen – sonst kann die steuerliche Optimierung auf dem Spiel stehen. Sascha Wortmann nennt einige Punkte, die zu beachten sind: „Der Geschäftsführer muss einen rechtsverbindlichen Anspruch auf eine einmalige oder laufende Pensionsleistung erhalten, und die die Pensionsleistung darf nicht von künftigen, gewinnabhängigen Bezügen abhängig sein. Auch darf die Pensionszusage keine Leistungsvorbehalte enthalten, die dazu führen, dass der Arbeitgeber einseitig die Pensionszusage widerrufen kann, und muss insolvenzgeschützt sein.“ Wichtig sei auch, dass keine Überversorgung entstehe und Gesellschafter-Geschäftsführer und Fremdgeschäftsführer gleich behandelt würden.

Ebenso laut Sascha Wortmann im Fokus: eine funktionierende Vermögensverwaltung. „Die Rückstellungen müssen schließlich gesichert und entwickelt werden. Dementsprechend wird eine rentierliche, aber zugleich risikoaverse Geldanlage benötigt. Diese Frage lässt sich nur individuell beantworten, denn jeder Gesellschafter-Geschäftsführer ist da anders aufgestellt.“ Die Möglichkeiten seien breit gefächert, Wortmann rät nur – aus Kosten- und Flexibilitätsgründen – von einer herkömmlichen Versicherungslösung ab.



Thomas Lenerz, Direktor beim bankenunabhängigen Vermögensverwalter I.C.M. Independent Capital Management (Foto: I.C.M.)



Sascha Wortmann, Inhaber von Wortmann Finanzen & Beratung (Foto: Wortmann Finanzen)

„VERKEHRSVERHINDERUNG SCHADET DEM WIRTSCHAFTSSTANDORT NRW“

Wenn der Verkehr nicht reibungslos fließt, tragen alle den wirtschaftlichen Schaden. In Nordrhein-Westfalen gehören Staus zur Tagesordnung – 388.000 Kilometer waren es 2016. Für die Unternehmen folgen daraus große Herausforderungen, weshalb die Forderung lautet, die Verkehrswege schnellstens fit für die Zukunft zu machen.

Von Patrick Peters

Nordrhein-Westfalen ist wichtiger Wirtschaftsraum und Ballungsgebiet im Herzen Europas. Das spürt man gerade auch beim Verkehr. So hat der ADAC kürzlich herausgestellt, dass NRW das Stauland Nummer eins in Deutschland sei. Auf den mehr als 2200 Autobahn-Kilometern in Nordrhein-Westfalen zählte der ADAC im vergangenen Jahr rund 218.000 Staus (2015: 182.000). Beinahe 124.000 Stunden büßten alle Fahrer zusammengekommen durch das Warten in den Staus ein (2015: 105.000 Stunden), wie der ADAC mitteilt. Umgerechnet sind das 14 Jahre, zwei mehr als 2015. Die Gesamtlänge der Staus in NRW wuchs auf rund 388.000 Kilometer (2015: 323 000) –

der zehnfache Umfang der Erde. Und das Aufkommen steigt immer mehr, wie Experten herausstellen.

Dr. Rüdiger Ostrowski, Geschäftsführer des Verbandes Spedition und Logistik Nordrhein-Westfalen, beurteilt die allgemeine Situation kritisch. „Man muss kein Prophet sein, um jetzt schon sagen zu können, dass unser bestehendes Straßennetz den wachsenden Individualverkehr, öffentlichen Verkehr und privatwirtschaftlichen Verkehr der nächsten Jahre nicht abdecken kann. Staus und andere Verkehrsbehinderungen sind die Folge. Dies betrifft die urbanen Zentren und weniger die ländlichen Gebiete. Hier muss weiter gedacht werden, um zum

bestehenden Straßennetz ergänzende Wege zu finden.“ Wenn es nicht in die Breite gehe, dann müsse nach unten oder oben gebaut und weitere Umgehungsstraßen angelegt werden. Diese Straßen, Tunnel und Brückenkonstruktionen seien aber enorm teuer und hätten sehr lange Planungs- und Bauzeiten, betont Rüdiger Ostrowski. „Hier sind in der Vergangenheit viel zu wenige Entscheidungen gefällt worden. Diese vertane Zeit ist nicht mehr einzuholen.“

Schlechtere Verkehrsanbindung führt zu niedrigerer Gewerbesteuer

Und das mit erheblichen Auswirkungen auf die Wirtschaft, wie der Fachmann herausstellt: „Wenn der Verkehr nicht reibungslos fließt, tragen alle, und letztlich der Verbraucher, den wirtschaftlichen Schaden. Wenn Firmen über einen Standortwechsel oder eine Neugründung nachdenken, dann ist die Verkehrsanbindung ein sehr entscheidender Faktor; sowohl für Güter als auch für die Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes der Mitarbeiter.“ Das führe auf lange Sicht zu ständig sinkenden Gewerbesteuereinnahmen, was bedeute, dass noch weniger Geld für die Instandhaltung und dem Neubau von Straßen zur Verfügung stehe. „Das hat zur Folge, die Verkehrsanbindung wird schlechter. Das bedeutet immer mehr Unternehmen wählen einen Standort außerhalb von NRW und dann sind wir wieder bei sinkenden Einnahmen durch die Gewerbesteuer.“



Auto- und Lkw-Fahrer standen vergangenes Jahr auf den Autobahnen in Nordrhein-Westfalen insgesamt 124.000 Stunden im Stau. Das hat erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft. (Foto: © karelnoppe/123rf.com)

Wenn man auch immer über den Neubau nachdenken müsse, so müsse man aber in erster Linie das bestehende Straßennetz unterhalten, sanieren und reparieren. Die Brücken seien marode, der Straßenzustand katastrophal und in den Tunneln bröckele es. Fast alle Städte in NRW beklagten „leere Kassen“. Also müsse man davon ausgehen, dass sich dieser Zustand in absehbarer Zeit nicht verbessern, sondern verschlechtern werde. Und da, wo das Geld bereit stehe, fehlten Planer, Genehmigungen oder es gebe Einsprüche, die juristisch geklärt werden müssten, betont Rüdiger Ostrowski.

Zwar könne man über alternative Verkehrswege (Schiene, Wasser, Luft) den wachsenden Bedarf abdecken – aber auch dafür seien strukturelle Veränderungen nötig. „Das bestehende Wasserstraßennetz deckt die Nachfrage ab und wird es auch noch einige Jahre können. Hier sind es vorrangig wirtschaftliche Faktoren, die Baumaßnahmen erfordern: Vertiefung der Fahrrinnen, damit Containerschiffe zweilagig Brücken unterfahren können; Ausbau und Reaktivierung von Häfen, damit dort größere Schiffe abladen können oder zentrale Stellen wieder angefahren werden können. Neue Kanäle werden gebraucht, damit Routen verkürzt werden können“, sagt der Verbandsgeschäftsführer.

Mit Blick auf den Bahnverkehr stellt er heraus: „Das vorhandene Schienennetz in NRW mit knapp 6000 Kilometer würde derzeit ausreichen, um die erforderlichen Kapazitäten abzudecken. Aber genau wie bei der Straße ist der Zustand marode. Die Bahn plant Investitionen von 28 Milliarden Euro in den nächsten fünf Jahren. Wenn dann die Nachfrage das Angebot übersteigt, sind weitere Schienenwege möglich. Die Fertigstellung der Betuwelinie würde den Straßenverkehr Richtung Rotterdam und Retour entlasten.“ Und auch der Luftraum biete noch sehr viel Platz. Die Anzahl der Flughäfen in NRW sei ausreichend. Saisonal bedingt wäre eine Lockerung der Start- und Landezeiten an den Flughäfen, die ein Nachtflugverbot haben, sinnvoll.

Logistische Herausforderung: Lieferfahrzeuge mit bis zu 38 Tonnen

Dr. Ilselore Paschmann kennt die logistischen Herausforderungen an Rhein und Ruhr aus ihrer unternehmerischen Tätigkeit sehr genau. Ihre Familie betreibt acht Lebensmittelmärkte mit Verkaufsflächen von 1200 bis 3500 Quadratmetern im westlichen Ruhrgebiet und Düsseldorf. Ihre Ware erhalten die Märkte sowohl vom Großhandel Edeka Rhein-Ruhr als auch von mehr als 20 Fremdlieferanten. „Das führt dazu, dass täglich mindestens ein Lkw jeden Markt anfährt, um Ware abzuladen. Dazu kommen die Post und diverse andere Dienstleister, Handwerker und Wartungsdienste sowie die Lieferanten unserer zahlreichen Mieter: Bäcker, Blumen, Zeitschriften, Foto- und Copyshop etc. Das heißt, unsere Märkte werden täglich mehrfach bis ständig von Lieferfahrzeugen aller Größen bis zu 38 Tonnen angefahren“, sagt die Juristin.

Das Liefergebiet von Edeka Rhein-Ruhr entspreche in etwa dem Bundesland NRW, in dem rund 360 selbständige Edeka-Kaufleute beliefert würde – eine logistische Herausforderung ersten Ranges, wie die Unternehmerin betont. „Sowohl für uns als auch für unsere Mieter ist von entscheidender Bedeutung, dass alle diese zahlreichen Liefere-

rungen möglichst pünktlich im Rahmen der vereinbarten Zeitfenster stattfinden, und zwar nicht etwa parallel, sondern ordentlich nacheinander. Darauf ist die Personalplanung ausgerichtet.“ Dass die Belieferungen im Allgemeinen einigermaßen zeitgerecht geschähen, schreibt Ilselore Paschmann vor allem der herausragenden Planung der EDEKA-Logistikabteilung zu. Edeka betreibe eine eigene Lkw-Flotte mit eigenen Fahrern und mache das sehr professionell. Dennoch komme es manchmal natürlich zu Verspätungen und Engpässen, wofür regelmäßig die Verkehrslage, also Stau, verantwortlich sei.

Dies spürt Ilselore Paschmann auch bei ihren eigenen Fahrten und denen ihrer Mitarbeiter. „Wenn ich einen unserer Märkte von Mülheim aus besuchen will, muss ich jedes Mal mehr Zeit einkalkulieren, um pünktlich vor Ort zu sein. Gleiches berichten diejenigen unserer Mitarbeiter, die regelmäßig in den Märkten unterwegs sind, als Revisor, Ausbildungsbeauftragter, Betriebshandwerker usw. Für eine Strecke von 30 Kilometer muss man im Ruhrgebiet und bis Düsseldorf schon eine Stunde Fahrzeit rechnen.“ Apropos Mitarbeiter: „Abgesehen von langen Anfahrten zur Arbeit haben unsere Mitarbeiter zum Teil auch das Problem, dass der öffentliche Nachverkehr nicht auf die mittlerweile überall eingeführten langen



Dr. Ilselore Paschmann betreibt mit ihrer Familie acht Lebensmittelmärkte mit Verkaufsflächen von 1200 bis 3500 Quadratmetern im westlichen Ruhrgebiet und Düsseldorf. (Foto: privat)



Dr. Rüdiger Ostrowski, Geschäftsführer des Verbandes Spedition und Logistik Nordrhein-Westfalen.
(Foto: VSL NRW/Ingo Heuer)

Öffnungszeiten reagiert. Wir öffnen jeden Markt von 7 bis 21 Uhr, andere Kaufleute oft auch bis 22 Uhr. Mitarbeiter in außenliegenden Märkten oder solchen in Gewerbegebieten haben nach Arbeitsende oft keine Chance mehr, mit Bus oder Bahn nach Hause zu kommen.“

Sehr viel Geld in den Neubau, den Unterhalt und den Ausbau investieren

Besondere logistische Herausforderungen sieht Ilselore Paschmann dabei, Online-Lieferdienste zu etablieren. „Für uns als Einzelhändler besteht die größte Herausforderung sicherlich darin, den Online-Handel sinnvoll zu nutzen und einzubinden. Schon seit Jahren bieten wir unseren Kunden einen Lieferservice für im Laden selbst gekaufte Ware an, aber Online-Bestellungen sind derzeit bei uns nicht möglich. Es ist heute in unserer Branche, zumindest in Deutschland, einfach kein vernünftiges Konzept vorhanden, wie man das im Bereich frischer Lebensmittel qualitativ und zugleich kostendeckend organisieren kann.“ Dabei steige der Bedarf erheblich, stellt sie heraus. Immerhin gebe es in den Großstädten zunehmend

jüngere Menschen, die auf ein eigenes Auto verzichteten und mit Fahrrad oder Bus und Bahn führen; diese wollten und könnten ihre Einkäufe nicht selbst nach Hause tragen. „Unternehmen wie Amazon fresh bieten so etwas in den USA schon an. Es wird sich also auch hier entwickeln, und die Kunst wird darin bestehen, das Geschäft nicht anderen zu überlassen.“

Rüdiger Ostrowski fordert, langfristig „sehr viel Geld in den Neubau, den Unterhalt und den Ausbau aller Verkehrswege in NRW zu investieren und ausreichend Stellen mit attraktiver Vergütung zu schaffen, damit eine zügige Bearbeitung von der Planung bis zur Umsetzung garantiert werden kann.“ Kurz- bis mittelfristig könne der bereits entstandene Schaden nur minimiert werden, indem auch in NRW Giga-liner zugelassen, die Fahrinnen vertieft und die Anzahl der Starts und Landungen erhöht würden. Weitere Forderungen von Rüdiger Ostrowski: „Prämien auszahlen für schnelle Fertigstellung von Arbeiten an den Verkehrswegen, die Regeln der Nacht-, Samstag- und Sonntagsarbeit aufheben und somit die Bauarbeiten 24 Stunden an sieben Tagen in der Woche durchführen

lassen und Bürgereinsprüche gegen Verkehrswegeneubauten oder Erweiterungen vor Schnellgerichten ‚abhandeln‘ und Genehmigungsprozeduren verkürzen.“

Auch Ilselore Paschmann hat eine eindeutige Haltung zu der Thematik: „Selbstverständlich ist es das dringende Gebot der Stunde, die Straßen, Brücken und Tunnel in NRW für die heutigen und künftigen Herausforderungen endlich fit zu machen, und zwar schnellstens. Es kann nicht länger so sein, dass von der Erkenntnis, dass eine Brücke marode ist, bis zur Fertigstellung der Reparatur beziehungsweise Erneuerung zehn oder mehr Jahre ins Land gehen. Die rot-grüne Landesregierung hat den Standortvorteil, den NRW mit seiner Lage mitten in Europa bietet, meines Erachtens schlicht verschlafen. Hier ist eine umfassende konzertierte Aktion zur nachhaltigen Verbesserung der Verkehrswege erforderlich. Rot-Grün investiert aber offenbar lieber in Schranken vor Brücken und in Verkehrsschilder mit Tempo 30 wegen Straßenschäden. Verkehrsverhinderung verhindert aber auch Neuansiedlung von Unternehmen und schadet dem Wirtschaftsstandort NRW.“

WIRTSCHAFTSPOLITIK

ERLEICHTERTE ABSCHREIBUNG VON GERINGWERTIGEN WIRTSCHAFTSGÜTERN: GUT FÜR UNTERNEHMEN



Helmut Nowak, CDU-Mittelstandspolitiker und Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Leverkusen/Köln-Mülheim. (Foto: Helmut Nowak MdB / Stella von Saldern)

Nach vielen Jahren hat es endlich geklappt: „Wir haben die höhere Grenze bei der Abschreibung von geringwertigen Wirtschaftsgütern, den sogenannten GWG, nun durchgesetzt. Ab dem 1. Januar 2018 sollen Unternehmen Wirtschaftsgüter nicht mehr nur bis 410 Euro, sondern bis 800 Euro sofort abschreiben können“, sagt Helmut Nowak, CDU-Mittelstandspolitiker und Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Leverkusen/Köln-Mülheim. Er hat die Gesetzesänderung (die erste Anpassung nach 50 Jahren) federführend mit der SPD und dem Finanzministerium verhandelt. „Damit verringern wir den Aufwand für Unternehmen bei der Abschreibung dieser geringwertigen Wirtschaftsgüter erheblich.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass zum Beispiel ein Smartphone für 600 Euro fünf Jahre abgeschrieben werden muss, obwohl es möglicherweise nach drei Jahren aus technischen Gründen nicht mehr im Einsatz ist“, erklärt Helmut Nowak. Im Kern bedeutet die schnellere Abschreibung der GWG: Unternehmen erhalten einen Liquiditätsschub im ersten Jahr für ihr Geschäft, da die Steuererstattung nicht mehr über mehrere Jahre verteilt wird. Ursprünglich wollte der Bundestagsabgeordnete sogar einen Schwellenwert von 1000 Euro bei gleichzeitigem Wegfall der Pool-Abschreibung erreichen, aber dies sei am Widerstand der SPD gescheitert. Damit sollte die Bürokratie bei Abschreibungen noch weiter reduziert werden.

ZUKUNFT

AUTOMATENWIRTSCHAFT

AZUBIS GESUCHT!



Was haben Schokoriegel, EC-Karten, Spielautomaten, ÖPNV-Fahrscheine, Briefmarken, Pfandflaschen und Passbilder gemeinsam? Richtig: eine Berufsausbildung!

Automaten begegnen uns heute überall: In der Arbeitspause ziehen wir uns ein Erfrischungsgetränk aus dem Getränkeautomaten, am Nachmittag heben wir am EC-Automaten Bares ab, um uns nach Feierabend mit Freunden am Spiel am Unterhaltungsautomaten in der Kneipe zu erfreuen. Keine Frage: Die Automaten liegen im Trend. Dabei wirken ihre Leistungen und Dienste zumeist unscheinbar und selbstverständlich. Doch in den High-Tech-Geräten steckt modernste Technik, sekundiert von effizienter Logistik und gutem Service. Was jedoch die wenigsten wissen: eine spezifische Fachausbildung liefert das benötigte Know-How für alle Automatenarten, damit sich Deutschlands Verbraucher rund um die Uhr auf die bundesweit knapp zwei Millionen Geräte aller Art verlassen können (u.a. 844.000 Warenautomaten, 267.000 Spielautomaten, 780.000 Kleingeräte).

Ein Beruf – zwei Spezialisierungen – zahlreiche Zukunftsperspektiven

Die Automatenbranche stellt mit über 6.200 mittelständischen Unternehmen in den Bereichen Industrie, Großhandel

und Automatenaufstellung eine starke Wirtschaftskraft dar, die rd. 110.000 Mitarbeiter beschäftigt. Außergewöhnlich dabei: In der Unterhaltungssparte der Branche arbeiten zu 75% Frauen. Die Branche erwirtschaftet rd. 5,8 Milliarden Euro im Jahr, die Hälfte davon wird an Geldspielautomaten umgesetzt. Kein Wunder also, dass hierzu ein eigener Ausbildungsberuf erschaffen wurde.

Dieses Berufsbild des Automatenfachmanns/ der Automatenfachfrau gehört seit 2008 zu den staatlich anerkannten Berufsausbildungen mit IHK-Abschluss und wurde jüngst modernisiert. Ob mit Technikscherpunkt oder mit einem Fokus auf Dienstleistungen (wie kaufmännische Prozesse oder Kundenservice), die Ausbildung weckt sowohl das Interesse von Jugendlichen, die im Großhandel ihre Zukunft sehen als auch von denjenigen, die sich eher für IT oder Mechatronik interessieren. Diejenigen, die lieber im Schichtbetrieb und mit Menschen arbeiten, werden im Bereich Kundenservice glücklich. Wer wiederum gerne im Außeneinsatz ist, wird sich eher um die technischen Belange seiner Kunden kümmern.

Für jeden ist also etwas dabei: So haben 2016 über 1200 Azubis ihre berufliche Karriere in der Automatenbranche gestartet.

Fragt man in die Automatenbetriebe hinein, könnten es gerne mehr sein.

Zum sozialen Auftrag verpflichtet

Aus spezifischen Gründen ist der Ausbildungsstart meistens erst ab 18 Jahren möglich: Automatentechniker sind oft unterwegs und benötigen daher den Führerschein. In der Glücksspielbranche wiederum ist der Zutritt von Spielhallen erst ab 18 erlaubt. Die Suche nach passenden Azubis ist deshalb umständlicher als in anderen Wirtschaftszweigen.

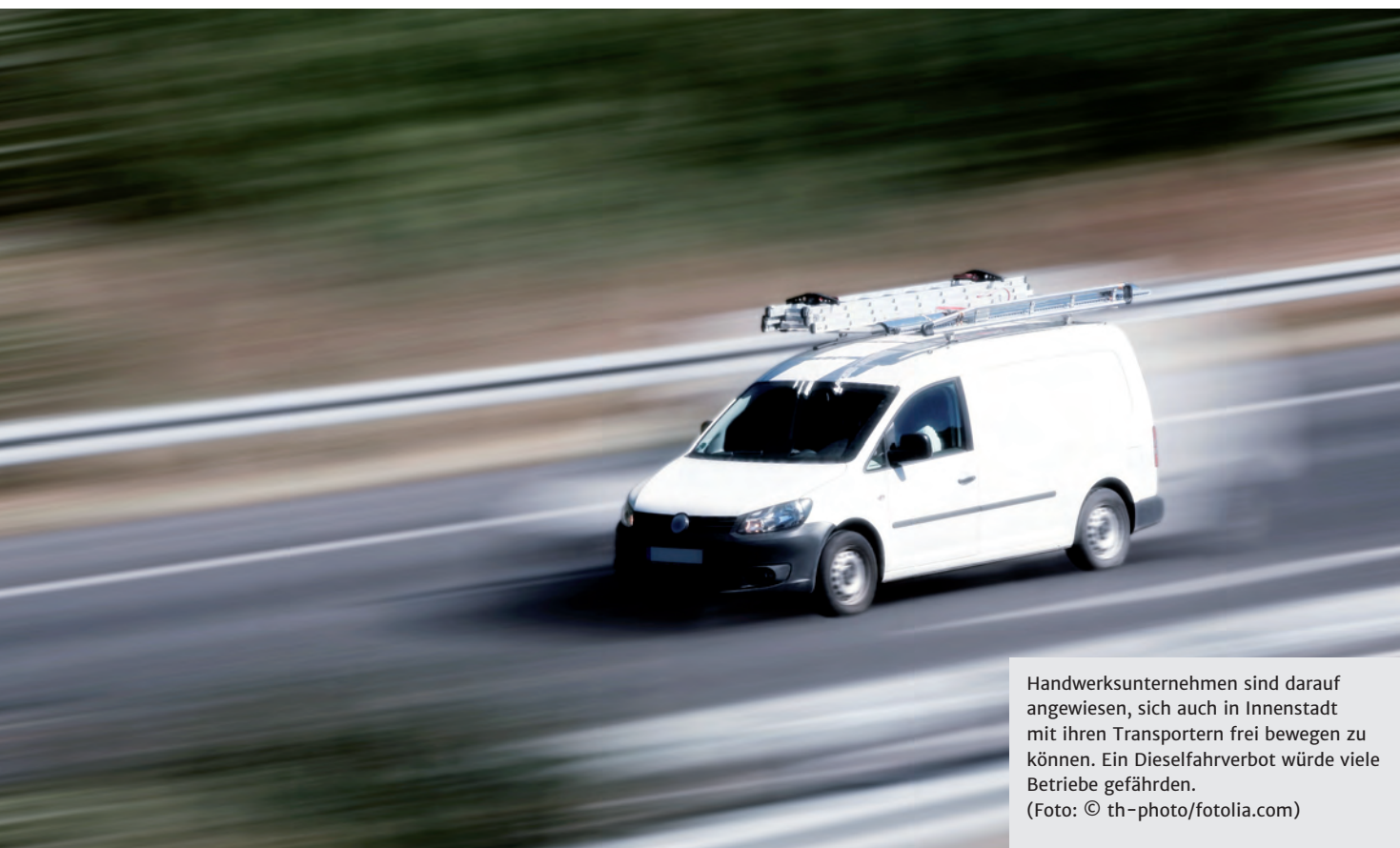
Aus dieser Not hat aber die Automatenwirtschaft eine Tugend gemacht: so werden oft aus schulschwächeren Jugendlichen starke Azubis. Diese können sich über eine international relevante Ausbildung mit Weiterbildungsmöglichkeiten freuen, in einer Branche die immer weiter boomt und durch Technik zur wichtigen Säule unserer mobilen Gesellschaft geworden ist.

Mehr unter: www.automatenberufe.de

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

„ICH WÜRDTE GERNE NACH UND NACH AUF ELEKTROFAHRZEUGE UMSTELLEN“

Der Umweltschutz soll durch ein Diesel-Fahrverbot in Innenstädten forciert werden. Das hätte unter anderem aufs Handwerk erhebliche Auswirkungen. Der Düsseldorfer Handwerkskammerpräsident Andreas Ehlert fordert hingegen mehr Investitionssicherheit durch die Politik, um die Modernisierung von Handwerksflotten zu unterstützen.



Handwerksunternehmen sind darauf angewiesen, sich auch in Innenstadt mit ihren Transportern frei bewegen zu können. Ein Dieselfahrverbot würde viele Betriebe gefährden.
(Foto: © th-photo/fotolia.com)

Verkehrspolitik ist heute auch immer Umweltpolitik – mit zum Teil erheblichen Auswirkungen auf die Verkehrsteilnehmer. So steht beispielsweise in Düsseldorf, aber auch in anderen Städten, ein generelles Fahrverbot für Diesel-Fahrzeuge im Raum, sofern diese nicht die Abgaswerte nach der Euro-6-Norm erfüllen – Stichwort ist die Blaue Plakette. Der Hintergrund: Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hatte die Landeshauptstadt im Oktober verurteilt,

ihren Luftreinhalteplan aufgrund anhaltender Stickstoffdioxid-Überschreitungen binnen Jahresfrist zu verschärfen. „Eine kurzfristige Verbannung des Diesel würde speziell das Handwerk massiv treffen, das seinen Fuhrpark im Zuge der Einführung der Umweltzonen bereits unter erheblichen Anstrengungen modernisiert und weiten teils auf Euro-5/V-Standard gebracht hat“, sagt der Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf, Andreas Ehlert, der auch Unternehmer im Handwerk ist und einen Schornsteinfegerbetrieb führt.

80 Prozent der Handwerkerflotten seien aktuell mit dem robusten Motortyp ausgestattet – „auch deshalb, weil nur wenige Hersteller bislang gas- oder elektrogetriebene Nutzfahrzeuge anbieten“, betont Andreas Ehlert.

Abrupter Ausschluss von Diesel-Fahrzeugen aus der Innenstadt

Die Einführung der Blauen Plakette für Euro 6-Fahrzeuge würde zu einem ab-

rupten Ausschluss der heutigen Dieselfahrzeuge aus den Innenstädten führen, warnt Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbandes des deutschen Handwerks. Betroffen seien potenziell vor allem zwei Millionen leichte und mittelschwere Nutzfahrzeuge, von denen nur knapp ein Prozent die Euro-Norm 6 erfüllten. Der Großteil des Nutzfahrzeugbestands im Handwerk gehöre zur Gewichtsklasse bis 3,5 Tonnen – für diese sei die Euro-6-Norm erst im Herbst 2015 eingeführt worden.

Dass im Handwerk eine Nachfrage nach alternativen Antrieben besteht, dafür sind diejenigen Handwerksunternehmen der beste Beleg, die ihre Lieferwagen trotz der beschränkten Auswahl bereits auf Gas oder e-Mobilität umgestellt haben – und damit positive Erfahrungen machen. So hat etwa die Hildener Bäckerei Schüren ausschließlich Elektrofahrzeuge und Erdgas-Transporter im Einsatz. Das Familienunternehmen strebt eine komplett CO₂-neutrale Betriebsführung an: und das sowohl aus Umweltschutz- wie aus wirtschaftlichen Gründen: 25 Prozent an Unterhaltskosten spart die Firma laut eigenen Angaben mit den Gas-Fahrzeugen, und die Elektromobile schlagen mit lediglich 2,75 bis drei Euro pro 100 Kilometer zu Buche.

Auch das mitten in der Düsseldorfer City ansässige Sanitär-Heizung-Klima-Unternehmen von Kay Schwenzer hat

bereits vier leichte Fahrzeuge im Gasbetrieb; zehn weitere Transporter laufen noch mit Diesel, davon allerdings drei neuere mit Aggregaten nach der Euro-6-Norm, „obwohl die Hersteller mit massiven Preisvorteilen für ihre Euro-V-Vehikel geworben haben. Ich würde gerne nach und nach auf Elektrofahrzeuge umstellen. Dafür braucht es aber erst einmal entsprechend ausgestattete Handwerkerfahrzeuge vom Sprinter-Typ, und viel mehr Stromtankstellen“, sagt der Unternehmer – und gibt damit stellvertretend für die ganze Branchengruppe Einblick in seine Mobilitätssituation.

„Mangelnde Koordination ambitionierter europäischer Vorgaben“

Das alles zeigt laut Kammerpräsident Andreas Ehlert: „Am Willen zur Umrüstung mangelt es im Handwerk nicht, aber der Markt und die Betriebe brauchen Zeit – und mehr Investitionssicherheit, als die Politik bislang geboten hat.“ Er kritisiert namentlich die EU für mangelnde Koordination ambitionierter europäischer Vorgaben für die Umgebungsluft mit den Abgasnormen für Neuwagen. Dadurch seien schadstoffarme Fahrzeuge viel zu spät auf den Markt gekommen. Selbst die Euro-Norm 6 gewährleistet nicht durchgängig die Einhaltung des Grenzwerts für den Stickstoffausstoß, moniert der Spitzenrepräsentant des Handwerks im Regierungsbezirk Düsseldorf, der auch den NRW-Handwerkstag führt.



Der Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf, **Andreas Ehlert**
(Foto: Handwerkskammer Düsseldorf)

Natürlich wolle das Handwerk mehr Gesundheitsschutz. Allerdings halte die Kammer Fahrverbote für das völlig falsche Mittel, dies durchzusetzen. Sie seien unverhältnismäßig und kontraproduktiv. Ehlert verweist zur Begründung auf die ähnlich von Emissionsüberschreitungen betroffene Stadt München, wo sich nach einer repräsentativen Umfrage der dortigen Handwerkskammer ein Drittel der Handwerksunternehmen bei einem Dieselfahrverbot als in ihrer Existenz bedroht betrachteten – und mit ihnen ihre Mitarbeiter. „Für das Düsseldorfer Handwerk träfe diese Konsequenz spiegelbildlich zu“, kommentiert Ehlert.

Mittelstandstag NRW

20. Landesdelegiertenversammlung
der MIT NRW mit Wirtschaftsschau
am 28.10.2017

Stadthalle Troisdorf

Weitere Informationen für Gäste und Aussteller
unter: mittelstandstag@mit-nrw.de



STEUERVERSTÖSSE: „GESETZGEBER IST NICHT ZU SPÄSSEN AUFGELEGT“

Steuerliche Compliance ist für jedes Unternehmen wichtig. Unternehmer schützen sich dadurch vor Sanktionen aufgrund Kommunikations- oder Handhabungsfehlern, aber auch aufgrund von Verstößen gegen steuerliche Pflichten der eigenen Mitarbeiter.

Gewerbe- und Körperschaftssteuer, Umsatzsteuer, Zuschläge für Nacht- und Wochenendarbeit, Pauschbeträge für unentgeltliche Wertabgaben, Fragen des Jahresabschlusses und der Konzernbilanz und, und, und: Unternehmen und Unternehmer stehen vor einer Vielzahl steuerlicher Pflichten, die sich gefühlt Jahr für Jahr vermehren – und denen sie natürlich Rechnung tragen müssen, um sich keinen Risiken auszusetzen.

„Für sich genommen sind viele steuerliche Vorschriften Kleinigkeiten, die aber große Auswirkungen haben können. Werden diese und andere Punkte nicht korrekt in einem Unternehmen behandelt, entsteht schnell das Risiko, gegen die Vorschriften der Abgabenordnung zu verstoßen. Und das kann finanzielle und strafrechtliche Konsequenzen haben, der Gesetzgeber ist an der Stelle nicht zu Späßen aufgelegt“, sagt Steuerberater und Wirtschaftsprüfer **Helmut König**, geschäftsführender Gesellschafter der BBWP GmbH, einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit Sitz in Düsseldorf, die eng mit der internationalen Wirtschaftskanzlei Beiten Burkhardt kooperiert. „Dazu kommt, dass auch steuerliches Fehlverhalten von Mitarbeitern, selbst in Form von Kommunikations- oder Handhabungsfehlern, voll zu Lasten des Unternehmens gehen. Weder Nachlässig-

keit noch Unwissen schützen vor Strafe. Er braucht deshalb ein System, um Sanktionen zu verhindern, die durch Fehler in der Organisation entstehen können.“

Steuerliche Compliance ist das Stichwort. „Darunter versteht man, die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und Pflichten sowie der unternehmensinternen Richtlinien im Bereich Steuern systematisch und präventiv abzusichern“, erläutert Helmut König und betont, dass sich Unternehmen und Unternehmer auf diese Weise vor dem Vorwurf und den möglicherweise daraus resultierenden rechtlichen Konsequenzen eines steuerlichen Fehlverhaltens schützen können. „Dafür benötigen sie ein sogenanntes steuerliches Compliance Management-System. Dieses implementiert Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur organisatorischen Umsetzung und Einhaltung aller steuerlichen Pflichten.“ Das Bundesfinanzministerium weise sogar aktiv in einem Schreiben „Zu § 153 AO – Berichtigung von Erklärungen“ (Mai 2016) auf die Schutzwirkung eines solchen steuerlichen Compliance Management-Systems hin.

In ein Steuer Compliance-System gehören laut dem Wirtschaftsprüfer und Steuerberater die Erfassung und Bewertung aller steuerlichen Risiken hinsichtlich der



Steuerberater und Wirtschaftsprüfer
Helmut König von der BBWP GmbH
(Foto: Beiten Burkhardt)

steuerlichen Ziele des Unternehmens, die der Unternehmensgröße angemessene Strukturierung aller steuerlichen Anforderungen sowie die adäquate Dokumentation und Übernahme von Aufgaben, Verantwortlichkeiten und steuerlicher Vorgänge. Er warnt: „Auch wenn steuerliche Compliance nach einem großen Begriff klingt, ist es für jedes Unternehmen relevant: vom kleineren und mittleren Handwerksbetrieb bis zum Konzern. Die Bewertung der Sachverhalte durch die Fiskal- und Strafverfolgungsbehörden hängt schließlich nicht von der Größe eines Unternehmens ab.“

Übrigens: Die Maßnahmen im Sinne der steuerlichen Compliance werden durch Schulungen bei den Mitarbeitern verankert und regelmäßig überprüft, zudem findet, beispielsweise jährlich, eine Aktualisierung des Systems statt, die sich nach der angepassten Gesetzgebung richtet. (rps)



NEUES KASSENGESETZ: UNTERNEHMEN MÜSSEN SICH UMSTELLEN

Gesetzliche Neuerungen sehen bei Kassensystemen seit 1. Januar die Einzelaufzeichnungspflicht speziell für elektronische Aufzeichnungssysteme vor, um den Behörden den Datenzugriff zu erleichtern. Und 2020 kommen weitere Anforderungen hinzu.

Seit 1. Januar gelten neue Regeln für Unternehmen, die Kassensysteme fürs Bargeldgeschäft einsetzen, um den Behörden den Datenzugriff zu erleichtern – seien es Händler, Gastronomen oder, oder, oder. Stichwort dafür sind die GoBD: „Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff“. „Die GoBD gelten für alle Buchführungs- und Aufzeichnungspflichtige. Nicht nur für die Buchführungspflichtige, sondern auch für die, die eine Einnahme-Überschussrechnung erstellen, auch wenn hier keine doppelte Buchführung vorgeschrieben ist. Kein Unternehmer kann sich der Verpflichtung entziehen, die IT-gestützte Buchführung nach den gesetzlichen Vorgaben umzusetzen“, sagt **Burkhard Küpper**, Steuerberater und geschäftsführender Gesellschafter der Steuerberatungsgesellschaft Albers & Kollegen aus Hilden.

„Die Neuerungen sehen seit dem 1. Januar dieses Jahres die gesetzliche Einführung der Einzelaufzeichnungspflicht speziell für elektronische Aufzeichnungssysteme vor. Im Falle der Nutzung von elektronischen Aufzeichnungssystemen dürfen seitdem nur noch solche Geräte verwendet werden, die die digitalen Grundaufzeichnungen einzeln, vollständig, richtig, zeitgerecht, geordnet und unveränderbar aufzeichnen. Die Daten müssen auf einem Speicher-

medium gesichert und verfügbar gehalten werden. Das heißt, dass Unternehmer mit Bargeldgeschäft ein neues Kassensystem anschaffen beziehungsweise die bestehende Kasse aufrüsten müssen, sofern eine elektronische Aufzeichnung nicht möglich ist“, sagt Matthias Hahne, ebenfalls Steuerberater und seit Januar Gesellschafter-Geschäftsführer der Kanzlei. Bestimmte Kassen dürfen seit dem 1. Januar überhaupt nicht mehr verwendet werden.

Steuerberater Peter Lohmann, wie Matthias Hahne seit Januar geschäftsführender Gesellschafter der alteingesessenen Kanzlei, weist auch bereits auf eine weitere Verschärfung ab 2020 hin. Ab dann müssen nach dem „Gesetz zum Schutz vor Manipulationen an digitalen Grundaufzeichnungen“ Steuerpflichtige das elektronische Aufzeichnungssystem künftig durch eine vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung schützen. Die Beweiskraft der vorschriftsgemäßen Buchführung bleibe dabei zwar grundsätzlich unberührt. Nach der Gesetzesbegründung solle aber eine gesetzliche Vermutung für die Richtigkeit der Kassenaufzeichnungen bestehen, wenn eine zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung vorhanden ist und ordnungsgemäß genutzt werde. „Die technische Sicherheitseinrichtung wird aus einem Sicherheitsmodul, einem Speichermedi-



Burkhard Küpper von der Steuerberatungsgesellschaft Albers & Kollegen
(Foto: Stbges. Albers & Kollegen)

um und einer digitalen Schnittstelle bestehen. Das Sicherheitsmodul protokolliert jede digitale Aufzeichnung. Sehr wichtig: Den Steuerpflichtigen trifft die Pflicht, die Zertifizierung fortlaufend aufrechtzuerhalten. Selbst wenn das Zertifikat unbegrenzt gültig sein sollte, nimmt das Statistische Bundesamt an, dass durch veränderte Manipulationsmöglichkeiten eine neue Zertifizierung alle fünf Jahre notwendig werden könnte.“ Wie dies genau ablaufen werde, sei aber noch unklar.

Burkhard Küpper warnt Unternehmer, diese kommenden steuerlichen Pflichten nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. „Es ist zwar noch eine Zeit bis zur Einführung des Gesetzes, aber der Katalog der Steuergefährdungsvorschrift ist umfangreich, die neuen Sanktionen sind scharf. Für Pflichtverstöße gilt ab 2020 ein Bußgeldrahmen von bis zu 25.000 Euro.“



UNTERNEHMEN SCHAUEN VORSICHTIG OPTIMISTISCH IN DIE ZUKUNFT

Laut dem „ifo Geschäftsklima“ geht es vor allem der gewerblichen Wirtschaft und dem verarbeitenden Gewerbe in NRW sehr gut. Etwas Sorgen bereitet besonders der Einzelhandel. Auch klagen einige Unternehmen über eine Behinderung durch Finanzierungsschwierigkeiten



Viele Betriebe in Nordrhein-Westfalen sind mit Geschäftslage und ihren Aussichten für die kommenden Monate sehr zufrieden. (Foto: © wavebreakmediamicro/123rf.com)

Die meisten Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sind optimistisch ins neue Jahr gestartet. Das ergibt die Auswertung „ifo Geschäftsklima“, die die NRW.Bank, die Förderbank für Nordrhein-Westfalen, monatlich veröffentlicht, für die Januar und Februar. Das gilt laut den Daten vor allem für die gewerbliche Wirtschaft und das verarbeitende Gewerbe. „Das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Nordrhein-Westfalens hat sich im Januar verbessert. Die befragten Unternehmen beurteilten nicht nur ihre Geschäftslage positiver, auch zu ihren Geschäftsperspektiven äußerten sie sich wieder zuversichtlicher als Ende vergangenen Jahres. Im verarbeitenden Gewerbe war das Geschäftsklima im Januar deutlich besser als zuletzt. Die Industrieunternehmen bewerteten sowohl ihre aktuelle Geschäftssituation als auch

ihre Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate wieder spürbar günstiger als im Dezember“, hieß es im Januar. Im Februar gingen die Erwartungen bereits über die des Vormonats hinaus. Die befragten Unternehmen beurteilten ihre Geschäftslage wesentlich günstiger als im Vormonat. Im Hinblick auf die kommende Entwicklung waren sie weiterhin zuversichtlich, so die NRW.Bank.

Im Bauhauptgewerbe war das Geschäftsklima infolge des Wintereinbruchs nicht mehr ganz so gut wie im Vormonat. Die Zufriedenheit der Firmen mit ihrer Geschäftslage ließ merklich nach. Dies hat sich im Februar zwar etwas gewandelt, die Unternehmen schauen positiver in die Zukunft – aber die Lage war, auch aufgrund des Wintereinbruchs, laut den Zahlen weiterhin nur ganz knapp positiv.

Ernster ist die Lage im Einzelhandel. Dies ist der einzige Bereich, in dem sich der Klimaindikator im Februar eintrübte. „Nicht nur die aktuelle Situation der Unternehmen war nicht mehr so zufriedenstellend wie zuletzt, auch ihre Perspektiven für die kommenden sechs Monate stuften die Einzelhandelsfirmen wieder meist pessimistisch ein.“ Im Januar hatte das noch anders ausgesehen: Von Skepsis die weitere Entwicklung betreffend war zu Beginn des Jahres kaum etwas zu spüren. Auch im Großhandel hat sich das nach wie vor gute Geschäftsklima leicht abgekühlt. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage fiel zwar positiver aus als in den sechs vorangegangenen Monaten, der Optimismus in den Geschäftserwartungen ließ aber nach, zeigen die Zahlen im ifo Geschäftsklima.

Ein vielleicht erstaunliches Ergebnis aufgrund der im Markt verfügbaren Geldmenge und der historischen günstigen Finanzierungssituation dank der Niedrigzinsen: Einige Unternehmen klagten zu Jahresbeginn darüber, dass ihre geschäftliche Entwicklung durch Finanzierungsschwierigkeiten behindert worden sei beziehungsweise werde. Nicht viele, wohlgemerkt, aber doch je nach Branche ein spürbarer Anteil. Im Groß- und Einzelhandel waren dies rund fünf Prozent, in der Konsumgüterindustrie immerhin vier Prozent. Für drei Prozent der Unternehmen dem verarbeitenden Gewerbe und dem Bereich der Vorleistungsgüter war die Finanzierungssituation schwierig, ebenso für zwei Prozent aus Hochbau und Konsumgüterindustrie. (rps)

INTERNATIONALE INVESTOREN WOLLEN NACH NRW

Nordrhein-Westfalen brummt als Investitionsstandort für ausländische Unternehmen. Besonders Chinesen hat es das Bundesland angetan. Mehr als 1000 chinesische Unternehmen haben ihren Sitz vor allem entlang der Rheinschiene. An erster Stelle liegt Düsseldorf.

Auch wenn nicht alles in Nordrhein-Westfalen eitel Sonnenschein ist: Die internationale Bedeutung des Standorts ist außerordentlich gut. Anders lassen sich die Zahlen von NRW.Invest, der landeseigenen Wirtschaftsförderungsgesellschaft, nicht auslegen: „In den Wirtschaftsstandort NRW fließen mehr Investitionen aus dem Ausland als in jedes andere deutsche Bundesland: 28,5 Prozent aller ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in Deutschland kann das Wirtschaftszentrum für sich verbuchen. Über 18.000 internationale Unternehmen haben den Investitionsstandort bereits für sich entdeckt und steuern ihre Deutschland- oder Europaaktivitäten von NRW aus. Dazu gehören Weltkonzerne wie zum Beispiel 3M, BP, Ericsson, Ford, Huawei, QVC, Toyota oder Vodafone“, heißt es bei der Institution mit Sitz in Düsseldorf, die als zentrale Anlaufstelle für ausländische Investoren bei deren Investitionsprojekten in Nordrhein-Westfalen dient.

NRW gilt laut den Daten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft deutschlandweit als Nr. 1 für ausländisches Kapital: Mit 189,8 Milliarden Euro verzeichnete das

Land Ende 2014 den höchsten Anteil (28,5 Prozent) aller 16 Bundesländer an den Direktinvestitionen in Deutschland. Diese beliefen sich insgesamt auf 666 Milliarden Euro. Insbesondere für Finanzinvestoren sei der Investitionsstandort NRW ein überdurchschnittlich attraktives Ziel, so NRW.Invest weiter.

Auch für chinesische Investoren ist NRW eine beliebte Destination. „Viele der Unternehmen schätzen Nordrhein-Westfalen als innovativen Zukunftsstandort und logistische Drehscheibe in Europa. Mit optimalen Standortbedingungen bieten wir den Investoren die besten Voraussetzungen für ihren Start ihres Eurogeschäftes“, erläutert Petra Wassner, Geschäftsführerin von NRW.Invest. Allein 2016 akquirierte die landeseigene Wirtschaftsförderung 94 Investitionsprojekte aus der Volksrepublik China für Nordrhein-Westfalen. Diese Investitionsprojekte schafften im ersten Schritt rund 640 neue Arbeitsplätze. Insgesamt sei die Anzahl der chinesischen Unternehmen in NRW nun auf über 1000 gestiegen. Damit sei Nordrhein-Westfalen Investitionsstandort Nr. 1 in Europa für Unternehmen

aus der Volksrepublik China. Diese Projekte aus Volksrepublik China verteilen sich laut NRW.Invest auf die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden: die Region Düsseldorf lag mit 64 Neuansiedlungen erneut deutlich vorn, gefolgt von der Metropole Ruhr mit zehn und vom Niederrhein mit acht Neuansiedlungen.

Zählt man alle Unternehmen aus Greater China (Volksrepublik China, Hongkong, Taiwan) zusammen, liegt der Bestand bei 1.100 Unternehmen. Aus Hongkong kamen in 2016 vier Investitionsprojekte. Die Unternehmen haben NRW.Invest zufolge übrigens insbesondere entlang der Rheinschiene ihren Sitz. An erster Stelle liegt die Region Düsseldorf, gefolgt von der Region Niederrhein, der Region Köln/Bonn und der Metropole Ruhr. Über zwei Drittel sind im Handel und Vertrieb von Produkten aus den Bereichen Maschinenbau, Industrieanlagen, Haushaltsgeräte, IKT, Automotive, Gesundheitswirtschaft und Metallerzeugung tätig. Rund 15 Prozent der Firmen bieten unternehmensbezogene Dienstleistungen an. Knapp 50 Unternehmen produzieren und/oder forschen und entwickeln am Standort NRW. (rps)



Alleine am Standort Düsseldorf investierte die deutsche Tochtergesellschaft der britische Vodafone Group 300 Millionen Euro in den Neubau der Firmenzentrale und des sogenannten Vodafone-Campus. Der Zukunftsstandort Nordrhein-Westfalen ist immer noch gute Investitionen wert, die auch unsere Stadtentwicklung mancherorts prägen. (Foto: © djvice6/123rf.com)

„NRW zahlt 800 Millionen Euro in den Finanzausgleich der Gesetzlichen Krankenversicherung drauf“



Manfred Puppel, Vorstand des BKK-Landesverbandes NORDWEST

Die Beiträge der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) werden im Gesundheitsfonds beim Bundesversicherungsamt (BVA) verwaltet und dort nach dem morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) den Krankenkassen aufgrund von Durchschnittswerten zugewiesen.

Aus NRW werden GKV-weit 500 Millionen Euro in andere Bundesländer transferiert, für die keine entsprechenden Leistungsausgaben gegenüber stehen. Das Geld fehlt aber zur Versorgung in NRW. Zusätzlich zahlen die Versicherten in NRW im Vergleich zu den anderen Bundesländern durchschnittlich mehr als 300 Millionen Euro an Zusatzbeiträgen. Insgesamt wird die Region NRW also mit 800 Millionen Euro belastet.

Der **BKK-Landesverband NORDWEST** hat sich in seinen politischen Gremien massiv dafür eingesetzt, dass es zu einem fairen Wettbewerb unter den Krankenkassen und nicht zu finanziellen Mehrbelasten der Versicherten in NRW kommt.

Der Finanzausgleich der gesetzlichen Krankenkassen weist an diversen Stellen erhebliche Unwuchten auf, so dass sich die Schere zwischen den Kassen, aber auch zwischen den Kassenarten deutlich mehr auseinander entwickelt, als von vielen Experten vorhergesagt.

In Großstädten und Ballungsräumen in NRW ist das Angebot für Gesundheitsleistungen ungleich größer und teurer als in anderen Bundesländern.

NRW als Ballungszentrum mit einem hohen Klinikaufkommen, insbesondere mit medizinischen Hochleistungszentren und die hierdurch bedingte starke Inanspruchnahme der Versicherten sorgt für höhere Leistungsausgaben bei den Krankenkassen.

Manfred Puppel, Vorstand des BKK-Landesverbandes NORDWEST: „NRW ist Garant für Hochleistungsmedizin; Gesundheit bzw. Gesundheitsversorgung ist hier ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Dies darf aber nicht zu finanziellen Lasten der Versicherten gehen!“

Insgesamt zahlt NRW mit 800 Millionen Euro im Vergleich zu anderen Bundesländern für die Gesundheitsversorgung der Versicherten drauf! Dieses Geld ist entscheidend für die Versorgung und Wirtschaftsregion NRW. Daher setzt sich der **BKK Landesverband NORDWEST** für die Prüfung eines Regionalfaktors ein!

Puppel: „Wir begrüßen nachhaltig die Einführung eines „Regionalkennzeichens“ wie es der Gesetzgeber beschlossen hat und die Evaluation des Morbi-RSA zum 30.9.2017 durch den wissenschaftlichen Beirat beim BVA!“

Der **BKK-Landesverband NORDWEST** vertritt die Interessen der Betriebskrankenkassen und stellt die Versorgung der Versicherten in Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sicher. Aktuell zählt der BKK-Landesverband NORDWEST 21 Betriebskrankenkassen mit fast 3 Millionen Versicherten.

„Wir bringen deutsche Mittelständler und ihre Produkte barriere- und risikofrei auf den chinesischen Markt.“

AXDIA-Geschäftsführer Fei Tong



AXDIA: Starker Partner des Mittelstandes in China

AXDIA International GmbH ist seit elf Jahren national wie international in der Informationstechnologie und Konsumer-Elektronik tätig und hat es sich zusammen mit den Partnern aus dem Handel zum Ziel gesetzt, den Konsumenten qualitativ hochwertige und innovative Produkte mit trendigem Design zur Verfügung zu stellen. Dabei bleiben wir unserem Grundsatz treu, dass trotz des neuesten technologischen Standes ein hervorragendes Preis-Leistungs-Verhältnis geboten wird, um möglichst breite Käuferschichten anzusprechen.

AXDIA geht dabei weit über die Rolle des Lieferanten hinaus und bildet die gesamte Versorgungskette ab, von der Entwicklung einer innovativen Produktidee über die Produktion und Logistik, Vertrieb und Marketing bis hin zum Service und Support. Um diese Maßnahmen zu koordinieren, arbeitet die AXDIA in Deutschland eng mit ihrem Standort im chinesischen Shenzhen zusammen und kooperiert mit leistungsstarken und zuverlässigen Partnern, die durch ihr technologisches Know-how und ihre Produktionskompetenz hervorragende Ergebnisse liefern.

Die gesamte AXDIA-Produktpalette mit den Eigenmarken ODYS und DYON umfasst ein breites Sortiment an moderner Konsumelektronik. Angefangen bei Tablet PCs über Notebooks, Convertibles und Fernsehgeräte bis hin zum DVD Player: AXDIA hat für jeden Bedarf ein passendes Angebot.

Ein weiterer Fokus bei AXDIA sind Dienstleistungen für deutsche Mittelständler, die ihr Business in China auf- und ausbauen wollen.

Wir glauben, dass die chinesische Mittelschicht von mehr als 300 Millionen die perfekte Gelegenheit für mittelständische und große Unternehmen bietet und als nachhaltige Investition langfristige Expansion gewährleisten kann.

Mit unserem Sitz im Herzen des größten Industriegebiets in Deutschland und Europa liegen wir strategisch günstig, um mit zuverlässigen Partnern in Deutschland und China zusammenzuarbeiten, um qualitativ hochwertige deutsche Produkte auf dem chinesischen Markt zu etablieren. Damit unterstützt AXDIA Unternehmen dabei, den hochinteressanten chinesischen Markt zu erschließen, und baut für sie rechtliche, kulturelle und bürokratische Hürden ab. Im zentralchinesischen Wuhan gibt es ein großes Zollfreilager, in dem AXDIA die „Deutschland-Halle“ mit 1.200 Quadratmetern Verkaufsfläche zuzüglich logistischen und Lagerflächen übernehmen wird. Von Duisburg aus fahren ab April jede Woche Züge direkt nach Wuhan in das geplante Zollfreilager. AXDIA übernimmt für die deutschen Kunden die komplette Dienstleistung zur Einführung und Vermarktung der Produkte (Logistik, Einfuhr, Vermarktung etc.).

AXDIA ist vor Ort in China exzellent vernetzt und verfügt über alle notwendigen Kontakte. Der Vorteil: Alle Ihre Ansprechpartner sind in Willich angesiedelt. Und wir sind keine Vermittleragentur, sondern selbst produzierender, deutscher Mittelständler und wissen, wie der Mittelstand tickt. Wir kennen und teilen Ihre Philosophie.



Dr. Zhiping Chen

Senior Manager for corporate strategy & portfolio development
Tel.: 02154 . 88262 -62
alex.chen@axdia.de



Irini Tachtsidou

Sales & Marketing Manager / Mitglied der Geschäftsleitung
Tel.: 02154 . 88262 -01
tachtsidou@axdia.de



AXDIA International GmbH | Formerweg 9 | 47877 Willich | www.axdia.de

Mein Genuss. Meine Freiheit.

Lili S., 36 Jahre, Freeclimberin



Es gibt Menschen, die sagen, dass ich lebensmüde bin.

Aber ich liebe mein Leben und setze es nicht leichtfertig aufs Spiel. Meine Leidenschaft hat nichts mit Verantwortungslosigkeit zu tun, sondern mit meiner persönlichen Freiheit.

Es ist meine Entscheidung und die treffe ich bewusst und selbstbestimmt. Jeden Tag aufs Neue.



REEMTSMA

reemtsma.com